Freitag 30. Dezember 1932
Nr. 298. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Jugend unter Kapitals-Fuchtel

Für 20 Pfennige „Jugendhilfe" — Durchführung des „Notwerkes" der Reichs-Anstalt übertragen

Not der Jugend

Der Verordnung des Reichspräsidenten über das „Notwerk der deutschen Jugend" sind jetzt, wie wir an anderer Stelle des Blattes mitteilen, mit einem Schreiben des Reichsanstalts-Präsidenten die Ausführungsbestimmungen gefolgt.

Dieser neue Versuch, mit Pflästerchen offene Wunden zu verdecken, kennzeichnet nicht nur die Ohnmacht der herrschenden Klasse, einen wirklichen Ausweg zu beschreiten, sondern zeigt zugleich die unheimliche Tiefe der Krise an. In dieser Krise spielen die nahezu 6 Millionen Jugendlichen (Jungens und Mädels zwischen 14 und 21 Jahren) keine untergeordnete Rolle.

Wie lebt heute diese Jugend eigentlich?

Existiert die deutsche Arbeiterklasse als Ganzes unter den barbarischsten Lebensbedingungen, so kann man die Lage der proletarischen Jugend nicht anders als grauenhaft bezeichnen. Unter einem Doppeljoche der Ausbeutung und Entrechtung seufzend, betrogen vom Leben, von dem sie mehr erwartete als Stempelkarte und Wohlfahrtsunterstützung, um die schönsten Jahre der sogenannten Jugendzeit geradezu begaunert, hineingeboren in eine Zeit des kapitalistischen Zusammenbruchs, ist diese junge Generation wie keine zuvor in die schärfsten politischen Auseinandersetzungen hineingedrängt worden.

Es soll hier nicht das traurige Kapitel der Löhne und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen behandelt werden. Was von den mageren Errungenschaften der Novembertage schon für die Jugend abgefallen war, ist in den langen Jahren des Niederganges längst zerstampft worden Arbeitslos! Das ist heute das Schicksal der ganzen Jugend, denn der Teil der Jugend, der wirklich das seltene „Glück" hat, unter ausgesprochenen Sklavenbedingungen Arbeit zu besitzen, ist in der Minderheit.

Nur 60 Prozent der Schulentlassenen dieses Jahres konnten in Büro oder Fabrik untergebracht werden. Berücksichtigt man, daß das Jahr 1932 das letzte Jahr mit der infolge des Geburtenausfalls während des Krieges niederen Klassenzahl war, so dürfte sich für Ostern 1933 ergeben, daß nur etwa 30 Prozent der Schulentlassenen in Berufe überführt werden können.

Damit werden Tausende und aber Tausende junger Menschen, Mädels und Jungens, von der Schulbank direkt auf die Stempelstelle getrieben. Von den seit 1925 rund 8 Millionen Schulentlassenen arbeiten nach Angabe der Wohlfahrtsämter noch nicht einmal die Hälfte. Wir sehen dabei ganz ab von der Lage der Jugend der im Verlaufe der Krise proletarisierten Mittelschichten, die auf Hochschulen und Universitäten einer Zukunft ohne Hoffnungsschimmer entgegensehen.

Der arbeitslose Jugendliche ist also in dieser Krise das Normale. Nach einer Feststellung der Reichsanstalt mit dem 30. Juli 1932 als Stichtag werden 1 036 696 männliche jugendliche Erwerbslose gezählt. Aber der Bericht stellt selbst fest, daß diese Zahl viel zu niedrig ist. Das ergibt sich schon aus dem Verhältnis der jugendlichen Arbeitslosen zur Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern Gemeldeten. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter steht die Zahl der Jugenderwerbslosen in solchen industriellen Bezirken wie Sachsen und Schlesien mit rund 26 Prozent an der Spitze.

Die Quelle und Hauptursache der heutigen besonderen Not der Jugend liegt darin, daß ihr, obwohl sie einen Hauptteil der Arbeitslosenarmee stellt, jegliche Arbeitslosenunterstützung verweigert wird. Die zweite, von der SPD tolerierte Notverordnung Brünings hat bekanntlich alle Arbeitslosen unter 21 Jahren von dem Recht der Unterstützung ausgeschlossen. Das, obwohl diese Jugendlichen, wenn sie in Arbeit sind, genau so die außerordentlich hohen Arbeitslosenversicherungs-Beiträge bezahlen müssen wie die erwachsenen Arbeiter. Die Jugendlichen werden auch von der Wohlfahrtsunterstützung, soweit sie in einem Familienhaushalt leben, völlig ausgeschlossen.

Auf diese Art hat die Reaktion das erreicht, was sie wollte. Sie hat die Jugendlichen zu willenlosen Objekten gemacht, die aus Hunger und Not sich für die sklavischen Arbeits- und „Erziehungs"-Bedingungen hergeben. Die Jugendlichen sind heute überall verstoßen. Sie gelten im proletarischen Haushalt, wo der Vater nur einen kärglichen Lohn verdient oder gar selbst auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen ist, als „lästige Esser", die man lieber heute als morgen loshaben möchte. So hungert und friert diese Jugend, so lebt sie in den Tag hinein ohne jede Zielsetzung, irrt durch die Großstädte oder bevölkert die Landstraßen. Die auch jetzt bei strengster Kälte ganz Deutschland überflutende Armee der Tippelbrüder wird auf eine halbe Million Jugendliche geschätzt. Jugendkriminalität und Verwahrlosung wachsen beständig.

Das ist der Zustand, den die Reaktionäre aller Schattierungen, die Nationalsozialisten, die Pfaffen, die nationalistischen „Jugendertüchtiger" und die Apostel des Freiwilligen Arbeitsdienstes sich herbeiwünschen. Zu Hunderttausenden drängen sich die Jugendlichen zum Freiwilligen Arbeitsdienst, um nur den größten Hunger zu stillen oder ein paar lumpige Pfennige in die Hand zu bekommen. Sie sind selbstverständlich auch willige Objekte für die religiösen Almosenküchen usw.

Aber trotz Staatsmitteln und der den Arbeitslosen geraubten Geldern aus der Reichsanstalt kann der Freiwillige Arbeitsdienst die Millionen von Jugendlichen längst nicht alle aufnehmen. Eine restlose Aufnahme der Jugendlichen in den FAD würde der Bourgeoisie zu teuer zu stehen kommen. Ein frei Herumlaufenlassen dieser großen Masse von Jugendlichen ist aber andererseits für die Bourgeoisie zu gefährlich, weil damit eine große Radikalisierung der Jugendlichen verbunden ist. Deshalb wird jetzt durch das „Notwerk der deutschen Jugend" versucht, mit geringeren Mitteln, für 20 Pfg. den Tag, die ganze arbeitslose proletarische Jugend unter die Fuchtel der nationalistischen und kirchlichen Banden zu bekommen.

Das zeigt sich insbesondere auch in dem Ausschluß aller „staatsfeindlichen" Jugendorganisationen von den sogenannten Vergünstigungen. Selbstverständlich sind damit nur die revolutionären Organisationen gemeint.

Wenn das Ziel der beruflichen Schulung ist, „die Verwendungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkte zu erhöhen", so muß doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß die kapitalistische Krise nur in den allerseltensten Fällen eine Verwendung zuläßt. Insbesondere muß auffallen, daß die Durchführung der Verordnung der Reichsanstalt überlassen bleibt. Das läßt den Schluß zu, daß die Mittel der Reichsanstalt, welche schon einmal zur Finanzierung des Freiwilligen Arbeitsdienstes verwendet wurden, jetzt auch zur „Notwerk"-Finanzierung mißbraucht werden sollen. Daraus ergibt sich, daß die so laut gepriesene Jugendhilfe eitel Lug und Trug ist. Jedes Mittagessen, das hier an die Jugendlichen verausgabt wird, ist eine vom kärglichen Tische der Erwerbslosen gestohlene Portion, denen man dafür die Unterstützungen kürzte.

Wirkliche Jugendhilfe läßt sich, das zeigt gerade die Sowjetunion, nur mit sozialistischen Methoden vornehmen. Die Arbeiterschaft, einschließlich der Jugend, muß darum den entschiedensten Kampf gegen diesen neuen Betrug aufnehmen. Es ist charakteristisch für die verhängnisvolle Rolle der Sozialdemokratie auch in diesen Fragen, daß die SPD-Presse die Verordnungen Hindenburgs kommentarlos abdruckte. Auf der Grundlage des Arbeitsbeschaffungsprogramms der SAP, das insbesondere die Enteignung und Oeffnung stillgelegter kapitalistischer Betriebe zugunsten der Erwerbslosen verlangt, kann der proletarischen Jugend, wenn sie gemeinsam mit der ganzen Klasse kämpft, wieder Lebensraum, Licht und Sonne verschafft werden.

Berlin, 28. Dezember.

CNB. Im Anschluß an den Aufruf des Reichspräsidenten über das „Notwerk der deutschen Jugend" hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Verfügung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter erlassen. In dieser Verfügung wird unter anderem angeordnet, daß tunlichst bald alle Stellen, die nach ihrem Aufgabenkreis Hilfe für die arbeitslose Jugend leisten, zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen werden sollen. Neben dem Arbeitsamt kommen vor allem die Gemeinden, freie Wohlfahrts- und Jugendpflege, Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Jugendverbände aller Art für diese Arbeitsgemeinschaften in Frage. Das Notwerk soll den jungen Arbeitslosen

täglich mindestens vier Stunden sinnvolle (!) Beschäftigung

bieten. Hiervon sollen grundsätzlich durchschnittlich mindestens zwei Stunden täglich auf berufliche Bildungsarbeit verwendet werden. Mindestens weitere zwei Stunden täglich sind auf Leibesübungen oder auf gemeinsame geistige Beschäftigung zu verwenden, die der geistig-sittlichen Ertüchtigung (!) dienen sollen. Für junge Arbeitslose, die keinen Rückhalt in der Familie haben, ist die Einrichtung von Tagesheimen durch geeignete Träger zu fördern.

Was die in dem Aufruf des Reichspräsidenten erwähnten Kameradschaften der jungen Arbeitslosen anlangt, so sind zur Bildung solcher Kameradschaften alle Gemeinschaftsgruppen (Jugendverbände usw.) berechtigt,

die keine staatsfeindlichen Ziele verfolgen.

Parteipolitischen Bestrebungen darf das Notwerk nicht dienstbar gemacht werden. In der Regel soll eine Kameradschaft nicht weniger als 25 Mitglieder haben.

Die beruflichen Bildungsmaßnahmen bleiben nach wie vor darauf gerichtet, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten und zu steigern, ihre Verwendungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Verbundenheit mit dem Beruf aufrechtzuerhalten.

Zur Durchführung des Notwerkes hat die Reichsregierung einen Betrag von neun Millionen zur Verfügung gestellt. Aus diesen Reichsmitteln können insbesondere an freiwillige Kameradschaften Beihilfen vor allem zu den Kosten der Verpflegung gewährt werden. Als Beihilfe kann höchstens ein Betrag von täglich je 15 bis 2[illegible] Reichspfennigen gewährt werden, [illegible] Durchschnitt des Landesarbeitsamtsbezirk jedoch

nicht mehr als 20 Reichspfennige.

Die Beihilfen haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche Stellen — mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Notwerkes beteiligen. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind an den Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu richten.

Konflikt Hitler - Strasser

München, 28. Dezember.

CNB. Die „Bayerische Staatszeitung" beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit dem noch nicht ausgetragenen Konflikt zwischen Hitler und Strasser. Die Verhandlungen zwischen beiden seien zwar noch nicht wieder aufgenommen, aber man werde doch gut tun, Ueberraschungen selbst grundsätzlicher Art nicht völlig außer Rechnung zu lassen. Hitler scheine die Notwendigkeit eingesehen zu haben, sich mit dem früheren Reichsorganisationsleiter wieder zu versöhnen, weil bei einem endgültigen Bruche zu große Verluste drohten.

Auch Strasser wisse, daß Hitler ihn brauche und denke nicht daran, sich reumütig zu unterwerfen. Er habe Bedingungen gestellt, die auf nichts anderes hinausliefen, als auf die Forderung, Hitler von der politischen Verantwortung zu entlasten.

Bei einer derartigen vollständigen Neuorganisation der Partei fordere Strasser die Stellung einer Art Generalsekretär, der die Vollmacht besitze, mit den anderen Parteien und der Regierung verhandeln zu dürfen. Wenn Strasser diese Wünsche durchsetzen könnte, wäre die politische Lage schnell geklärt; denn Strasser würde unbedingt mit Schleicher gehen.

Heul-Hitler-Szene

kommt vor Gericht

Berlin, 28. Dezember.

CNB. An der Spitze seiner heutigen Ausgabe meldet der „Angriff", daß Dr. Frick den Herausgeber der „Schwarzen Front", Otto Strasser, und den verantwortlichen Schriftleiter dieses Blattes, Hildebrandt „verklagt, bzw. Strafantrag gegen sie erstattet hat". Die „Schwarze Front" hatte vor einigen Tagen über die letzte Fraktionssitzung der Reichstagsabgeordneten der NSDAP, bei der auch Adolf Hitler anwesend war, Enthüllungen gebracht. Sie hatte erklärt, für die Wahrheit ihrer Berichterstattung Zeugen beizubringen.

Man wird also das Vergnügen haben, daß die rührseelige Heulszene in der Reichstagsfraktion der Nazi im Gerichtssaal verhandelt wird. Ob dabei nicht erneut die Tränen fließen werden?

Fett-Verordnung in Kraft

Auspowerung der Arbeitermassen und Kleinbauern

Die von uns gestern schon angekündigte „Verordnung über Butterbeimischungszwang und Ausdehnung des Maismonopols" ist nun herausgekommen. Ihr Wortlaut zeigt, daß die arbeiter- und vor allem kleinbauernfeindliche Tendenz noch weit stärker ist, als aus den ersten Ankündigungen hervorging. Die entscheidenden Stellen der amtlichen Bekanntmachung lauten:

Berlin, 28. Dezember.

Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette ist die Reichsregierung durch eine Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten ermächtigt worden, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine in Ergänzung des schon seit 1. 12. 1930 bestehenden Verwendungszwanges für Talg und Schmalz anzuordnen.

Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Kunstspeisefett, Speiseöl, Pflanzenfetten und gehärteten Tran zu erlassen, sowie einen Verwendungszwang von inländischen Oelsaaten in den Oelmühlen anzuordnen.

Schließlich enthält die Verordnung noch Bestimmungen, die die Reklame für Margarine und Kunstspeisefett betreffen und Mißbräuchen auf diesem Gebiete entgegenwirken sollen.

Durch die gleiche Verordnung des Herrn Reichspräsidenten wird das Maismonopol auf andere Getreidearten als die in Nr. 1—7 des Zolltarifs besonders genannten sowie auf Reis, Reisabfälle, Rückstände von der Stärkeerzeugung aus Reis usw. ausgedehnt.

Der Zweck des Maismonopols war es, eine übermäßige (!!) Einfuhr ausländischer Futtermittel im Interesse der Verwertung deutscher Futtermittel fernzuhalten. Die Lösung dieser Aufgabe wurde durch eine steigende Einfuhr von Reis und Reisabfällen mehr und mehr gefährdet.

Im Hinblick auf die großen inländischen Ernten an Kartoffeln, Hafer, sonstigem Futtergetreide und Futtermitteln, die die Futterversorgung der inländischen Viehhaltung zu angemessenen (!) Preisen ermöglichen, und angesichts ihrer Bedeutung für den gesamten Getreidemarkt war deshalb zur Sicherung des Absatzes und der Verwertung dieser inländischen Erzeugnisse auf dem Futtermittelmarkt die Einbeziehung von Reis und Reisabfällen in das Maismonopol unerläßlich.

*

Was der Beimischungszwang für die Margarine und alle damit zusammenhängenden Bestimmungen für die breiten Arbeitermassen in bezug auf die Verteuerung aller Arten von Speisefett bedeutet, haben wir wiederholt dargelegt. Neben dieser Auswucherung der proletarischen Massen ist die so nebenbei eingeführte Ausdehnung des Maismonopols auf die übrigen Futtermittel, speziell auf Reis und Reisflocken, von allergrößter Bedeutung. Dieser Teil der Verordnung richtet sich ganz gegen die Mittel- und Kleinbauern und ist noch weit mehr als wir gestern schon darlegten, ein

Liebesgabengeschenk größten Ausmaßes an die Junker auf Kosten der Kleinbauern.

Um die ganze Bedeutung dieser Bestimmung zu erkennen, muß man wissen, daß die Mittel- und Kleinbauernbetriebe zu drei Viertel ihrer Produktion sogenannte Veredelungswirtschaft, d. h. Vieh- und Milchproduktion, betreiben, während der Großgrundbesitz vor allen Dingen, zu etwa zwei Drittel, auf Getreideproduktion aufgebaut ist. Da die Kleinbauernbetriebe ihre Viehwirtschaft und Schweinemästung im bisherigen Umfange nur aufrecht erhalten können, wenn sie laufend Futtermittel dazu kaufen, so ist der billige Bezug von Futtermitteln für sie eine Existenzfrage.

Bei den immer tiefer sinkenden Preisen für Schlachtvieh waren die Kleinbauern gezwungen, zu immer billigeren Futtermitteln zu greifen. So ist es auch zu erklären, daß, nachdem durch das Maismonopol ihnen der Bezug des billigen ausländischen Mais versperrt wurde, sie zu dem billigen, aber sehr nahrhaften Reis-Futtermittel griffen. Die Reiseinfuhr nach Deutschland betrug im Jahre 1929 noch 1,8 Millionen Doppelzentner, sie stieg im Jahre 1931 bereits auf 3,4 Millionen Doppelzentner. Bei Reisabfällen entwickelte sich die Einfuhr von 500 000 to im Jahre 1929 auf 900 000 to im Jahre 1931 und hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 bereits 950 000 to erreicht. Also eine gewaltige Steigerung.

Die Großagrarier wollen jedoch, daß die Kleinbauern ihre Futtermittel nicht aus dem Ausland zu billigen Preisen beziehen, sondern ihnen die überschüssigen Mengen von Hafer, Roggen, Kartoffeln usw. als Futtermittel zu hohen Preisen abnehmen. Wie aus dem Wortlaut der amtlichen Bekanntmachung ersichtlich ist, hat die Schleicher-Regierung diesen Wunsch der Junker restlos durchgeführt. Die Folge ist, daß die Großagrarier durch die neuesten Verordnungen den ganzen Gewinn der Preissteigerung für Fette und auch für die Fleischproduktion der Kleinbauern einstreichen. So wird den Kleinbauern „geholfen"!

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft, insbesondere unserer Parteigenossen, daß sie die Kleinbauern über diese raffinierte Junkerpolitik aufklären und sie an Hand dieser Tatsachen davon überzeugen, daß das Proletariat und die Masse der Kleinbauern in einer Front zusammen kämpfen muß gegen die heute von der Schleicher-Regierung repräsentierte Diktatur des Großkapitals und Junkertums.

Platzende Nazisäule

Klärt die Proleten auf über den Morasthaufen NSDAP

Nürnberg, zu Weihnachten 1932.

Ein früherer Sektionsleiter der NSDAP Nürnberg, Hans Sauer, begann am Freitag, den 16. Dezember, mit der Herausgabe eines „Nazispiegels", der als Gegenzeitung gegen das berüchtigte Kaschemmenblatt „Stürmer" hauptsächlich dessen Herausgeber Streicher (MdL und MdR) sowie einige sonstige Nazibönzlein angreift. In Nr. 1 der Zeitung wurden folgende Vorwürfe gegen Nürnberger Nazibonzen erhoben (wörtliche Wiedergabe):

„Den Beweis dafür erbringe ich im folgenden und beschuldige hiermit öffentlich:

1. Den Gauleiter Julius Streicher, MdL (jetzt auch noch MdR), Nürnberg, der wiederholten Anstiftung zum Betrug, des Betrugsversuchs, des Ehebruchs und der Meineidsverleitung u. a.
2. Den Ortsgruppengeschäftsführer und Stadtrat Georg Gradl, Nürnberg, des Betrugs, Betrugsversuchs, der Meineidsverleitung und Privaturkundenfälschung.
3. Den Kaufmann Johann Kleegräfe des Betrugs u. a.
4. Den Buchdruckereibesitzer und Stadtrat Willy Liebel, Nürnberg, der Anstiftung zum Verbrechen gegen § 218."

Diese Vorwürfe wurden schon in einem am 4. November veröffentlichten Flugblatt vom Herausgeber des „Nazispiegels" erhoben, Streicher & Co. sind aber gegen das Flugblatt nicht eingeschritten, nur mit Mitteln persönlicher Drohung hat man den Herausgeber Hans Sauer zu bremsen versucht.

Die Antwort war die Herausgabe des „Nazispiegels". Aber auch gegen diese Zeitung, die in Nürnberg reißenden Absatz fand, schritten die Beschuldigten nicht ein. Keine Beschlagnahme, keine einstweilige Verfügung erfolgte, und in der 8 Tage später (23. XII.) erschienenen Nr. 2 der Zeitung erfolgte nicht die kleinste Berichtigung! Streicher, Gradl, Kleegräfe, Liebel haben damit ein indirektes Schuldbekenntnis abgelegt!

Man muß sich natürlich nicht einbilden, daß die Stellung der genannten Nazibonzen in der NSDAP nun erschüttert sei. Hören wir, was Hans Sauer unmittelbar im Anschluß an die oben wiedergegebenen Beschuldigungen weiter schreibt:

„Ich stellte in dem genannten Flugblatt ferner fest, daß ein großer Teil der vorgenannten strafbaren Handlungen beim Reichsuntersuchungs- und Schlichtungsausschuß der NSDAP (höchste Parteiinstanz) bekannt sind und es Herrn Hitler nicht schwer fallen konnte, bezüglich der von mir angegriffenen Personen eine klare Entscheidung zu treffen."

Auch Hitler hat dazu geschwiegen, auch Hitler bekennt sich dadurch als Mitwisser und Dulder dieser Verbrechen! Von der NSDAP also ist eine Säuberung von solchen Elementen nicht zu erwarten (auch Hans Sauer hatte lange Zeit diese Illusion!).

Um so mehr ist es Sache des Proletariats, diesen Sumpf von Morast und Korruption, genannt NSDAP, hinwegzufegen! Alle Proleten, die dieser Partei nachlaufen, aufzuklären, alle Ausgebeuteten zu sammeln im Kampf gegen diese würdigen Lakaien des Kapitalismus!

„Schulsäuberung"

Die SPD bekommt ihren Lohn

Mit großem Entrüstungsgeschrei teilt der „Vorwärts" mit, daß durch die kommissarische Preußenregierung jetzt alle höheren Schulbeamten, soweit sie der SPD angehören, aus der preußischen Schulverwaltung hinausgemaßregelt werden sollen. Schon in diesen Tagen soll im Berliner Provinzial-Schulkollegium der Anfang gemacht werden. Der bekannte SPD-Schulfachmann König sowie Frau Dr. Wegscheider, Regierungsdirektor Kommerow und eine Reihe anderer SPD-Mitglieder sollen entlassen und durch deutschnationale Beamte ersetzt werden. Die Regierung behauptet demgegenüber, daß es sich hier nicht um eine politische Maßregelung, sondern nur um Spar-Maßnahmen (!) handele.

„Und das im roten Berlin!" ruft der „Vorwärts" empört aus. Wäre das Vorgehen der preußischen Schulreaktion nicht ein Schlag gegen die ganze Arbeiterklasse, so könnte man über diese Entrüstung des „Vorwärts" nur ein Gefühl der Schadenfreude übrig haben. Jetzt auf einmal entdeckt der „Vorwärts" „das rote Berlin". 14 Jahre lang hat er vom „roten Berlin" nichts gemerkt, obwohl fast die ganze Zeit hindurch, und besonders in den letzten 4 Jahren, eine Mehrheit der Arbeiterparteien, d. h. der KPD und SPD, in den Berliner Parlamenten vorhanden war. Die SPD war es aber, die die ganze Zeit hindurch aus dem roten Arbeiter-Berlin ein bürgerliches Berlin machte, wie sie auch in Preußen nur rein bürgerliche Politik durchführte.

Es war die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung, die in Deutschland mit der Maßregelung revolutionärer, kommunistischer Beamten begonnen, sie war es, die als erste eine Verordnung herausgab, daß Mitglieder „staatsfeindlicher" Parteien nicht Staatsbeamte sein können. Sie war es, die dem Zentrum zu Gefallen alle Freidenker- und religionslosen Lehrer verfolgte und es duldete, daß dissidente Lehrer entgegen den verfassungsmäßigen Bestimmungen keine staatliche Anstellung mehr erhielten. Kurz,

die SPD hat alles getan, um die rote Front zu zertrümmern und der schwärzesten Reaktion in den Sattel zu verhelfen.

Jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, jetzt kann er gehen. Jetzt ist für die Reaktion der Zeitpunkt gekommen, wo sie auch die sozialdemokratischen Lakaien vor die Türe setzt, um die Stellen für ihre Futterkrippenanwärter frei zu bekommen.

Wird die SPD daraus lernen? Gewiß nicht. Sie kann und will nicht begreifen, daß nur der rücksichtslose revolutionäre Kampf der ganzen Arbeiterklasse die Wiederkehr der Reaktion verhindert hätte und daß auch dieser Kampf allein in der Lage wäre, die heutige Reaktion wieder hinwegzufegen. Doch die Lehren, die die SPD nicht ziehen will und kann, muß die Arbeiterklasse, müssen auch die SPD-Arbeiter um so entschlossener ziehen.

Der Fememord-Skandal

Das bei der Aufdeckung des Nazifememordes in Dresden zutage tretende Verhalten der Staats- und Polizeibehörden wächst sich zu einem immer größeren Skandal aus. Es steht jetzt einwandfrei fest, daß die sächsische Polizei die Nazimörder mindestens indirekt, aber aller Wahrscheinlichkeit nach auch direkt begünstigt hat. Obwohl ihr das Verschwinden des ermordeten Nentsch sehr zeitig gemeldet worden ist und obwohl von vornherein kein Zweifel bestehen konnte, daß es sich hier um einen Fememord der SA-Banditen handelte, hat die Polizei zunächst gar nicht zugegriffen. Erst nachdem der Skandal im Landtag zur Sprache kam, fühlte sich die Polizei bemüßigt, etwas zu tun. Sie hat auch einige der SA-Komplicen in Haft genommen, aber die Verhafteten, angeblich zur Einholung ihrer Aussageerlaubnis, wurden in Privatwohnungen begleitet, von wo sie dann ungehindert verschwinden konnten. Man kann kaum annehmen, daß dieses Vorgehen der Polizei nur auf Dummheit beruht, sondern es bleibt kein anderer Schluß, als daß diese „Flucht" von bestimmten nationalsozialistischen Polizeiorganen selber organisiert wurde.

Jetzt läßt die Dresdner Staatsanwaltschaft in der ganzen bürgerlichen Presse eine Meldung verbreiten, worin sie sich gegen die Vorwürfe der Begünstigung und Saumseligkeit der Behörden verwahrt. Gleichzeitig wird aber darin mit aller Harmlosigkeit bekanntgegeben, daß die Staatsanwaltschaft und Polizei seit längerer Zeit den Aufenthalt der ins Ausland geflüchteten Nazimörder kenne (!!). Wie die „Vossische Zeitung" dazu ergänzend mitteilt, befinden sich diese Banditen in Italien.

Um sich die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Vorgänge klar zu machen, braucht man sich nur einmal vorstellen, daß irgendeine Polizeibehörde ähnlich gegenüber wegen einfachen politischen Vergehen verfolgten Kommunisten verfahren wäre. Was würde hier die ganze bürgerlich reaktionäre Pressemeute für ein Geschrei erheben!

An diesem Skandal zeigt sich auch die ganze Heuchelei der heutigen Regierungsmethoden. Die Präsidialregierung, das Preußische Staatskommissariat und der ganze Regierungskurs in allen Freistaaten sollen doch angeblich dazu dienen, um „die Ordnung wiederherzustellen". In Wirklichkeit ist diese „Ordnung" nichts anderes als die Unterdrückung jeglicher politischen Betätigung der Arbeiterklasse und die Begünstigung und Förderung der organisierten faschistischen Mörderkliquen. Selbstverständlich muß die Arbeiterklasse das sofortige Verbot der ganzen SA und der SA-Kasernen fordern, die sich immer mehr als die reinsten Mörderhöhlen entpuppen. Jedoch ist klar, daß diese Forderung nicht vom bürgerlichen Staat erfüllt wird, sondern nur durchgesetzt werden kann durch Erkämpfung der politischen Macht durch das Proletariat.

Blutige Regierungskrise

Die bulgarische Regierung ist zurückgetreten.

*

Budapest, 28. Dezember.

CNB. Wie der „Pester Lloyd" aus Sofia meldet, kam es heute vormittag vor dem Königsschloß zu einem schweren Feuergefecht zwischen den beiden verfeindeten Flügeln der mazedonischen Organisationen. Gegen 10 Uhr, als der Präsident der Sobranje zum König berufen wurde, um mit ihm über die Lösung der Regierungskrise zu beraten, stießen zwei starke Gruppen der Mazedonier vor dem Schlosse aufeinander. Die eine Gruppe bestand aus Anhängern Mihajlows, die andere aus Protogerowisten. Auf dem Schauplatz des Gefechtes blieben ein Toter, ein Gendarm, und sechs Schwerverwundete. In der Stadt herrscht große Erregung. Um der Polizei nicht aufzufallen, hatten sich die Anhänger der Protogerowgruppe als Jäger verkleidet, die Jagdhunde mit sich führten.

*

Englischer Kreuzer in den Persischen Golf beordert

Basra, 28. Dezember.

WTB. Der britische Kreuzer „Hawkins" verließ heute Basra, um sich nach Abadan zu begeben, dem Hafen am unteren Schatt-el-Arab, der der Mündung dieses Flusses in den Persischen Golf am nächsten liegt. Die „Hawkins" wird dort bis nach Neujahr bleiben. Man erklärt, der Besuch habe keine besondere Bedeutung, sondern liege im Rahmen des üblichen Reiseplanes. (?)

*

Einführung eines einheitlichen Paßsystems in der Sowjetunion

Moskau, 28. Dezember.

(Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Eine neue Regierungsverordnung schreibt zum Zwecke einer besseren Registrierung der Bevölkerung der Städte, Arbeitersiedlungen und Neubauten die Einführung eines einheitlichen Paßsystems in der gesamten Sowjetunion vor. In der Verordnung wird darauf hingewiesen, daß alle über 16 Jahre alten Bürger der Sowjetunion, die ständig in Städten oder Arbeitersiedlungen leben und im Transportwesen, auf Sowjetgütern oder bei Neubauten arbeiten, verpflichtet sind, Pässe zu besitzen, die an diesen Orten als einziger Ausweis zur Beglaubigung der Persönlichkeit des Besitzers gelten. Zur unmittelbaren Leitung bei der Einführung des Paßsystems und zur allgemeinen Leitung der Arbeiter- und Bauernmiliz verordnete die Regierung die Schaffung einer Hauptverwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz bei der Vereinigten Politischen Staatsverwaltung. Zum Chef der Hauptverwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz wurde Prokowjew ernannt.

*

Kriegsschauplatz Südamerika

Buenos Aires.

Nach sechs Wochen erbitterter Kämpfe haben die Bolivianer drei Forts an der Gran-Chaco-Front eingenommen. Die Bolivianer haben sich also des ganzen Abschnittes des Pilcomayo an der Gran-Chaco-Front bemächtigt.

*

Kämpfe mit den Aufständischen in Honduras

New York, 28. Dezember.

„New York Times" veröffentlicht ein Telegramm ihres Berichterstatters in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua, wonach bei Santa Lucia im Bezirk von Tegucigalpa neue Kämpfe zwischen den Aufständischen und der Nationalgarde von Honduras stattgefunden haben. 22 Rebellen und 3 Angehörige der Regierungstruppen seien in der Schlacht getötet worden.

*

Peruanisch-brasilianischer Grenzzwischenfall?

Paris, 27. Dezember.

Havas berichtet aus Rio de Janeiro: Aus Belem (Para) verlautet gerüchtweise, daß die Peruaner die brasilianische Grenze überschritten haben. Das Gerücht wird von Havas mit allem Vorbehalt wiedergegeben.

Neue französische Staatsanleihe?

Der linksradikale Abgeordnete Stern hat, wie „Temps" berichtet, in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Regierung zur Aufnahme einer staatlichen Anleihe zu 3½ Prozent in Höhe von 20 Milliarden Francs ermächtigt werden soll. Die Anleihestücke sollen von der Einkommen- und Erbschaftssteuer befreit sein.

Doch entlassen

Die Havas stellt ihre Meldung, daß General Berenguer wegen Krankheit aus der Haft entlassen worden sei, dahin richtig, daß General Berenguer, der seit Jahren mit einem Fußleiden zu kämpfen hat, nur aus dem Militärgefängnis (?) entlassen worden sei, aber in seiner Wohnung in Arrest gehalten werde.

Dieses offizielle spanische Dementi ist gerade die Bestätigung der ersten Meldung. Diese neue Methode des „Strafvollzugs" an Konterrevolutionären haben wir in Deutschland zur Genüge kennengelernt. Bürgerliche Revolutionen kapitulieren eben allerorts vor den „Fußleiden" ihrer Verderber.

Litzmann, legt nieder

Berlin, 28. Dezember.

WTB. Der bisherige Alterspräsident des Reichstags, General Litzmann, hat, wie gemeldet, sein Reichstagsmandat niedergelegt. Die Nationalsozialisten hatten ihn für die Reichstagswahl offenbar nur aufgestellt, um eine neue Alterspräsidentschaft der kommunistischen Abgeordneten Frau Zetkin zu verhindern.

Heraus aus der Kirche!

Die brennendsten Aufgaben des DFV in der Gegenwart

Die Krise läßt die bürgerliche Gesellschaftsordnung in ihren Grundfesten wanken. Das Bürgertum ist bemüht, an allen Fronten des Klassenkampfes seine Positionen zu halten. Seit der großen Umstellung der mitteleuropäischen katholischen Kirche, seit in den Tagen der Reformation in Deutschland der Protestantismus entstand, sind die Kirchen wichtige Stützen der bürgerlichen Gesellschaft.

Das Bürgertum, das einst im Namen der Vernunft Kirche und Religion bekämpfte, hat mit dem Tage, an dem seine Klassenherrschaft begann, an die Stelle des Kampfes gegen die Kirche ein Bündnis mit der Kirche gesetzt. Im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft ist zum Kampf gegen Religion und Kirche allein das Proletariat befähigt. Der Kampf gegen die kirchlichen Stützen der bestehenden Ordnung ist zwar nur ein Teil des Klassenkampfes, er ist dennoch gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen von ganz besonderer Wichtigkeit.

Es liegt im Interesse der gesamten proletarischen Klasse, daß eine möglichst große Anzahl von Klassengenossen sich von den Vorstellungen und Glaubenssätzen der Religion freimachen, daß sie erkennen, daß sie nicht der Spielball überirdischer Mächte sind, denen sie sich, ob sie wollen oder nicht, zu unterwerfen haben, daß sie vielmehr erkennen, daß ihre Not durchaus irdische Ursachen hat, die mit irdischen Mitteln bekämpft werden muß. Die große Organisation der Freidenkenden, das heißt von kirchlichen Illusionen befreiten Proletarier, ist der „Deutsche Freidenker-Verband". Aber der Fluch des Reformismus hatte diese Organisation, die einzig und allein der ganzen Klasse in allen kulturpolitischen Fragen dienen sollte, zu einem Anhängsel der sozialdemokratischen Partei gemacht.

Die gleiche Untätigkeit, die in der Stunde der Gefahr das Kennzeichen der reformistischen Bürokratie ist, kennzeichnet das Verhalten der Spitzen des Deutschen Freidenker-Verbandes unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Denn für die Freidenkerbewegung ist die Stunde der Gefahr da, in der es gilt, alle Kräfte einzusetzen, um dem deutschen Proletariat die Möglichkeiten, aus den Kirchen austreten zu können, zu erhalten.

Immer wieder, mit steigendem Erfolge haben die Parteien des Bürgertums in den letzten Monaten alle Schritte unternommen, um ein Verbot aller Freidenkerorganisationen des Proletariats herbeizuführen. Die KPD-Freidenkerorganisation ist diesem Treiben zum Opfer gefallen, dennoch hat die Führung des Deutschen Freidenker-Verbandes nichts, aber auch gar nichts Entscheidendes unternommen. Sie hat die Interessen der Freidenkerbewegung dem Parteiinteresse der SPD, das längst im Gegensatz zum Klasseninteresse steht, untergeordnet.

Es wäre Sache einer Massenorganisation von der zahlenmäßigen Stärke, wie es der Deutsche Freidenker-Verband ist, dem Ansturm der bürgerlichen Reaktion und der kirchlichen Dunkelmänner den Einsatz der ganzen Macht der Organisation durch Wort und Schrift, durch Demonstrationen, Flugblätter, Aufklärungsschriften, durch verstärkte Agitation für den Kirchenaustritt, entgegenzutreten.

Tatenlos hat die Führung des Deutschen Freidenker-Verbandes dem Klassengegner das Feld überlassen. Den revolutionär gesinnten Genossen im Deutschen Freidenker-Verband, die der Verbandsbürokratie gegenüber allein das Interesse der Klasse vertreten, fällt die Aufgabe zu, zu handeln. Alle, die eine grundsätzliche Aenderung des Verhaltens der größten deutschen Freidenkerorganisation wünschen, müssen für eine Verstärkung der Kirchenaustrittsbewegung sich einsetzen. Alle, die den Deutschen Freidenker-Verband freimachen wollen von der kleinlichen Rücksichtnahme auf die verderbliche Politik der Sozialdemokratie, müssen gemeinsam für die Aktivierung des Freidenker-Verbandes, für eine Veränderung in seiner Führung eintreten, müssen gemeinsam kämpfen.

Um der Untätigkeit der Verbandsleitung ein Paroli zu setzen, um wenigstens die Teile, die innerhalb des DFV gewillt sind, von einer revolutionären, marxistischen Plattform aus die Massen im Kampf gegen die Kirche in Bewegung zu setzen, haben sich die oppositionellen Genossen von der SAP und der KPO zusammengesetzt, um jetzt noch — man ist versucht zu sagen — in zwölfter Stunde eine verschärfte Kirchenaustrittsbewegungspropaganda zu betreiben.

Wer bis zum 31. Dezember dieses Jahres seinen Austritt aus der Kirche im Zimmer 260 des Amtsgerichts abgibt, braucht für das nächste Jahr keine Kirchensteuern zu bezahlen.

Ueberlegt euch das, Proleten!
Handelt danach!
Heraus aus der Kirche!

Neue Tropfsteinhöhle

Bekanntlich ist Schlesien ein ausgesprochen höhlenarmes Land. Tropfsteinhöhlen sind mit wenigen Ausnahmen auf Kalkgebiete beschränkt und vor allem in Karstlandschaften hervorragend ausgebildet (Adelsberger Grotte). Aber auch innerhalb der Reichsgrenzen haben einige Tropfsteingrotten volkstümliche Berühmtheit erlangt, nämlich die Höhlen im oberdevonischen Kalk des Harzes (Iberger Tropfsteinhöhle, Hermannshöhle und Baumannshöhle bei Rübeland). Deutschlands größte Höhle, die „Heimkehle" bei Uftrungen (Südharz), ist dagegen ebenso wie die Barbarossahöhle im Kyffhäuser aus Gips ausgewaschen worden; beide entbehren des Tropfsteinschmuckes. Aus Phosphoreisensinter bestehen die Tropfsteingebilde der gleichfalls berühmten Saalfelder „Feengrotten", die uraltem Bergbau ihr Dasein verdanken.

In Ostdeutschland steht an erster Stelle die 1884 entdeckte Wolmsdorfer Tropfsteinhöhle (Gebiet des Glatzer Schneeberges), die 200 Meter weit ins Berginnere hineinreicht. Wegen Einsturzgefahr ist der Zugang schon Jahrzehnte polizeilich gesperrt und die Höhle deshalb wenig bekannt. Bekannter war früher das „Kitzelloch" im Bober-Katzbach-Gebirge, das leider seines Tropfsteinschmuckes rasch beraubt und dann Opfer des Steinbruchbetriebes geworden ist. Seit Ende des Weltkrieges wurden im Marmor des Kitzelberges noch mehrfach Höhlen großen Umfanges eingeschlossen, die aber für öffentlichen Besuch nicht freigegeben werden konnten. Die genannten schlesischen Vorkommen liegen in Kalken sehr hohen Alters (Urkalk), der durch Gebirgsdruck kristallinkörnig geworden ist und daher die Bezeichnung „Marmor" (in geologischem Sinne) verdient.

Jetzt wurde nun in Schlesien, und zwar bei Löwenberg, eine neue Tropfsteinhöhle entdeckt. Sie ist in dichten Zechsteinkalk eingesenkt, der erst nach der Steinkohlenzeit vom Meer abgesetzt worden und etwa gleichaltrig mit dem Mannsfelder Kupferschiefer und dem mitteldeutschen Steinsalz. Dieser Zechsteinkalk der sich als schmaler Bergrücken von Gießmannsdorf her über Nieder-Görisseiffen nach Ober-Moys und weiterhin erstreckt, wurde an zahlreichen Stellen abgebaut und an Ort und Stelle in primitiven Kalköfen gebrannt. Diese Betriebe ruhen meist, auch das Kalkwerk Nieder-Görisseiffen ist stillgelegt.

Den Zugang zu der Görisseiffener Höhle bildet ein vielleicht drei Meter langer Schlund, durch den der Besucher mühsam hindurchkriechen muß. Dann erweitert sie sich auf etwa drei Meter Höhe und die gleiche Breite. Die Länge mag 30 Meter betragen. Die Wände der Höhle sind mit Kalksinter, einer milchigen Glasur, überzogen. Von der Decke hängen wie in anderen Tropfsteinhöhlen Zapfen mit seinem Mittelkanal herab, denen vom Erdboden her senkrechte Spitzen entgegenwachsen. Diese Gebilde entstehen durch Abscheidung von Kalk aus kohlensäurehaltigem Wasser, welches im Gegensatze zu reinem Wasser den Kalk als „doppeltkohlensauren" Kalk aufzulösen vermag. Solch kalkhaltiges Wasser durchsickert die Felsklüfte und tropft von der Decke der Höhlen, gleich, ob diese natürlicher oder künstlicher Entstehung sind, herab. Durch Entweichen des Kohlensäuregases aus dem Wasser geht der Kalk wieder in die einfache, schwer lösliche Form über und wird fest. Jeder Tropfen setzt etwas Kalk ab, unzählig viele Tropfen aber hinterlassen die erwähnten Zapfen, die einander entgegenwachsen und sich schließlich zu Säulen vereinigen. Es kann überall da zur Tropfsteinbildung kommen, wo kalkhaltige Wässer zirkulieren. So wurden kleinere Gebilde beispielsweise im Mauerwerk unterirdischer Gänge in den Silberberger Festungswerken und in alten Stollen unweit der Paßhöhe beobachtet. Leider sind in der Görisseiffener Höhle, die nur mit besonderer Erlaubnis zu betreten ist, Tropfsteine abgeschlagen und fortgenommen worden; Schutzmaßnahmen für dieses Naturdenkmal sind daher dringend erwünscht. Die wissenschaftliche Erforschung der Höhle ist bereits im Gange. Von Wichtigkeit wären vor allem eventuelle Funde tierischer Versteinerungen. Die Höhlen und Spalten im Kitzelbergmarmor haben seinerzeit reiche Ausbeute an Fossilien geliefert, meist Zähne und Schädel- und Skeletteile des Höhlenbären. Bei der Durchsicht des Höhlenschuttes wurden sogar Werkzeuge des Steinzeitmenschen gefunden, und wir verdanken der Höhlenforschung manch wertvolle Bereicherung unserer vorgeschichtlichen Kenntnisse.

Was ist los?

oder: „Rund um die Holzgasse"

so betitelt sich die Revue, die in der Silvesterveranstaltung von PKG und SJV aufgeführt wird. Die Rede hält Genosse Eckstein. Einlaß 20½ Uhr, Beginn 21 Uhr. Karten 25 und 35 Pfg.

Diphtherie-Epidemie

In 13 Schulen vorübergehend einzelne Klassen geschlossen

Die Diphtherie hatte in der zweiten Oktoberhälfte in einem solchen Umfange seinen Einzug in viele Familien gehalten, daß die Erkrankungskurve das Durchschnittsmaß bald überstieg. Durch die Schulärzte setzte darum sofort eine verschärfte Beobachtung der Kinder ein, wobei in besonders gefährdeten Klassen von sämtlichen Schülern und Schülerinnen Abstriche vorgenommen wurden. Die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen ist durch die dabei gemachten Beobachtungen bestätigt worden. So konnten in einer in der Ohlauer Vorstadt gelegenen Klasse, in der bereits sieben Krankheitsfälle eingetreten waren, noch fünf Bazillenträger ermittelt werden. Auch solche Kinder müssen dem Unterricht so lange fernbleiben, bis die weiteren Abstriche dreimal ein negatives Ergebnis erkennen lassen.

Sofern sich die Krankheitsfälle häuften, wurden von den Schulärzten im Benehmen mit den Kreisärzten einzelne Klassen auf einige Wochen geschlossen. Diese Maßnahme war bereits im Oktober bei drei evangelischen und zwei katholischen Schulen notwendig geworden, von denen zwei im Westen, die übrigen im Osten des Stadtgebietes liegen. Dazu traten im November drei Schulen im Süden der Stadt. In diesem Monat war die Kurve der Erkrankungen ganz erheblich gestiegen und überschritt die des Jahres 1931, ohne jedoch den Novemberstand von 1930 zu erreichen. Trotz der milden und trockenen Dezembertage machte sich ein weiteres Ansteigen bemerkbar. Darum mußten weitere fünf im Westen und Norden der Stadt gelegene Schulen (darunter eine Mädchen-Mittelschule) je eine Klasse bis zu den Weihnachtsferien schließen.

Die unverkennbare Hartnäckigkeit der Epidemie ist nach der Auffassung der Schulärzte (ein interessantes Geständnis!) nicht zuletzt auf die als Auswirkung der Sparmaßnahmen überfüllten Unterrichtsräume zurückzuführen.

Dabei darf man nicht vergessen, daß der Hauptgrund für die Verbreitung all dieser Epidemien, die Anfälligkeit der Körper der Proletarierkinder sind, die durch die himmelschreienden Ernährungsverhältnisse in Tausenden und aber Tausenden Proletenfamilien ihren Grund hat.

Opfer der Arbeit

Zwei Bergleute verschüttet

Waldenburg, 28. Dezember.

Auf dem Fürstlichen Bahnschacht wurden die Häuer Hähnel und Ludwig in der 310 Meter-Sohle von hereinbrechendem Gestein verschüttet. Durch die sofort energisch in Angriff genommenen Bergungsarbeiten gelang es glücklicherweise, die beiden lebend aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien. Sie hatten jedoch Knochenbrüche und andere schwere Verletzungen erlitten und mußten in das Knappschaftslazarett transportiert werden.

*

Hindenburg, 29. Dezember.

Auf der Abwehrgrube wurde der Hauer Grziwatz von zu Bruch gehenden Kohlenmassen verschüttet. Er konnte nach angestrengter Arbeit nur noch tot geborgen werden.

Tödlicher Unfall

Reichenbach, 28. Dezember.

In Groß-Ellguth stürzte der 29jährige Fabrikarbeiter Max Rauer aus Peterswaldau eine Treppe hinunter. Dabei drang ihm eine Feile, die er in der Hand gehalten hatte, in den Leib. Schwerverletzt wurde Rauer ins Krankenhaus nach Reichenbach geschafft, wo er nach zwei Tagen verstarb.

An der Kreissäge tödlich verunglückt

Frankenstein, 29. Dezember.

Der 22 Jahre alte Landwirtssohn Josef Rudolph in Frankenberg war an der Kreissäge mit dem Zerkleinern von Holz beschäftigt, als ein schweres Holzscheit plötzlich von der Säge absprang. Rudolph erlitt schwere Verletzungen an Kopf und Brust und mußte in ein Frankensteiner Krankenhaus gebracht werden, wo er nach wenigen Stunden verstarb.

Beim Fensterputzen auf die Straße gestürzt

Beuthen, 28. Dezember.

WSL. Auf der Groß-Dombrowkaer Straße stürzte beim Putzen von Fensterscheiben eine etwa 50jährige Frau auf die Straße. Mit schweren Kopfverletzungen und gebrochenem linken Arm wurde die Verunglückte ins städtische Krankenhaus eingeliefert.

Warum?

Freiburg, 28. Dezember.

Gelegentlich der Stempelkontrolle für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ereigneten sich beim hiesigen Arbeitsamt tumultuarische Szenen, die das Eingreifen der Polizei notwendig (?) machten. Die Beamten wurden beschimpft und bedroht (Die Aermsten) und die Tumultuanten warfen Tische, Stühle und Aktenschränke um und verstreuten den Inhalt auf die Erde. Erst die herbeigerufene Polizei konnte die Ordnung wieder herstellen. Die Hauptunruhestifter wurden zur Anzeige gebracht. Die Staatsautorität ist wieder einmal gewahrt worden!

Interessant, warum man nicht erfährt, weshalb die Tumulte entstanden sind.

Die Flucht aus dem „Wohlfahrtsstaat"

Breslau, 28. Dezember.

Der 48-jährige Kellner Kurt G. hat sich mit Veronal vergiftet. Er wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Allerheiligenhospital übergeführt, wo er verstarb.

ACHTUNG!

Ab 1. Januar 1933

befinden sich das Parteisekretariat, die Geschäftsstelle, Redaktion u. Expedition der SAZ

Breslau 5, Gartenstr. 21

Fernspr.: SAP 56768, SAZ 20692

Parteivorstand der SAP
SAZ Geschäftsleitung

Dienstag abend wurde Frau Martha S. in ihrer Wohnung in der Bismarckstraße gasvergiftet aufgefunden. Auf dem Transport nach dem Allerheiligenhospital trat der Tod ein. Nach den bisherigen Feststellungen liegt Selbstmord vor.

Am Dienstagnachmittag hat sich der Landarbeiter L. aus Niemen in Westfalen in der Verkehrshalle des hiesigen Hauptbahnhofs das linke Handgelenk aufgeschnitten. Der Lebensmüde wurde zunächst nach dem Allerheiligenhospital übergeführt.

Beuthen, 28. Dezember.

Passanten der Bergstraße sahen an dem Fensterkreuz einer Parterrewohnung einen Mann hängen. Die benachrichtigte Polizei stellte fest, daß es sich um den Wohnungsinhaber Peter Schmehl handelte, der Selbstmord durch Erhängen begangen hatte.

Bei Miechowitz wurde am Rande eines Waldes eine Leiche gefunden. Nach den vorgenommenen Ermittlungen handelt es sich um den 35 Jahre alten Fritz Richter, der aus wirtschaftlicher Notlage Selbstmord begangen hatte.

Großes Schadenfeuer

Waldenburg, 28. Dezember.

In der Nacht zu Mittwoch brannten in Rothenbach Stallung und Scheune des dem Berginvaliden Robert Jung gehörenden Anwesens bis auf die Grundmauern nieder. Die Feuerwehren konnten nur mit Mühe das Vieh aus den Stallungen retten. Das Wohnhaus, in dem zahlreiche Familien wohnen, blieb glücklicherweise vom Feuer verschont. Man vermutet Brandstiftung. Zwei Handwerksburschen, die in dem Hause bettelten, aber nichts erhielten, stehen im Verdacht, die Täter zu sein.

Verbot gegen Einheitspreisgeschäfte

Es paßt ganz in den Rahmen der heutigen Regierungspolitik, die privatkapitalistischen Interessen auf Kosten der breiten Massen zu schützen, wenn jetzt in einer neuen Regierungsverordnung das Verbot der Errichtung von neuen Einheitspreisgeschäften auf die Städte über 100 000 Einwohner ausgedehnt wird. Damit erfüllt die Regierung einen alten Wunsch der Nationalsozialisten, Antisemiten und des reaktionären Kleinbürgertums. Die Einheitspreisgeschäfte sind gewiß auch kapitalistische Unternehmungen, und die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, irgendwie die Interessen der dahinterstehenden Kapitalisten zu schützen. Aber die EP-Geschäfte sind bei den Arbeitermassen sehr beliebt, weil sie für den täglichen Kleinbedarf relativ billige Preise führen und dem Preiswucher ziemlich stark entgegenwirken. Das Verbot der EP-Geschäfte ist daher nichts anderes als eine weitere Verteuerung der von der Masse benötigten Produkte. Deshalb ist dieses Verbot vom Standpunkt der Arbeiter aufs schärfste zu bekämpfen.

Jamaika-Rum-Verschnitt 38%, das ganze Liter, lose nur 2.30

Neues aus aller Welt

Flugzeugunglück in Spanien

Paris, 29. Dezember.

Nach einer Blättermeldung aus Madrid stürzte gestern das Postflugzeug Barcelona—Toulouse in der Provinz Lerida brennend ab. An Bord befanden sich der Pilot und zwei Hochzeitsreisende. Der Pilot und die junge Frau verbrannten, der Ehemann wurde schwer verletzt.

Schweres Schiffsunglück

Wellington, 29. Dezember.

Am Mittwoch abend erfolgte am Eingang des Binnenhafens ein Zusammenstoß zwischen einem Dampfer und einem Motorboot, auf dem 31 Arbeiter aus dem Außenhafen zurückkehrten. Das Motorboot sank. 21 Arbeiter wurden gerettet, die übrigen zehn sind wahrscheinlich ertrunken.

Zwei Arbeiter bei einem Explosionsunglück schwer verletzt

Wittenberge, 28. Dezember.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute in der Flockenfabrik in Karlstädt. Beim Reparieren eines Schwimmers in der dortigen Dampfkesselanlage kam es zu einer heftigen Explosion, die den Schwimmer vollständig zerriß. Die bei der Reparatur beschäftigten Arbeiter, der etwa 60jährige Meister Stange und der 24jährige Schichtführer Thiede, wurden schwer verletzt und mußten in das Wittenberger Krankenhaus gebracht werden. Die Explosion ereignete sich in dem Augenblick, als beide den Schwimmer bei einer Feldschmiede erhitzten und ihn durch Löten dichten wollten.

Kind in einen Notschacht gestürzt

Kattowitz, 28. Dezember

Auf der Rückkehr von einem Besuche in Dombrowa passierte eine Familie aus Zagorze in dichtem Nebel das um Zagorze gelegene mit Notschächten besäte Gelände. Das vierjährige Töchterchen der Familie stolperte und stürzte in einen dieser „Blendsschächte". Erst nach längeren Bemühungen gelang es, den völlig zerschmetterten Körper der Kleinen zu bergen.

Grippe-Epidemie in Birmingham

London, 28. Dezember.

In Birmingham sind bis jetzt fast 600 Straßenbahn- und Omnibusangestellte, 100 Polizisten und über 300 Postangestellte an Influenza erkrankt. Zahlreiche Fälle von Lungenentzündung als Folgeerscheinung der Influenza sind zu verzeichnen. Letzte Woche allein 150 und diese Woche bereits 100. Die Zahl der Todesfälle betrug letzte Woche 30.

Heuschrecken suchen Argentinien heim

Wie aus Formosa in Argentinien berichtet wird, suchen riesige Heuschreckenschwärme den Norden Argentiniens heim. An manchen Stellen haben sie 40 Prozent der Ernte vernichtet. Eine Strecke von ungefähr 500 Kilometern Länge soll von Heuschrecken bedeckt sein. An vielen Orten ist der Heuschreckenschwarm fast neun Kilometer breit. Besonders betroffen wurde das Tal des Bermayo-Flusses, wo hauptsächlich Baumwoll-, Tabak- und Maispflanzen der Landplage zum Opfer gefallen sind. Die Bauern heben in aller Eile Gräben aus und versuchen alles, um die Schwärme am Vordringen zu behindern. Aus allen Teilen der betroffenen Distrikte werden Hilferufe an die Regierung abgesandt. In der Ortschaft San Salvator beging ein Landwirt mit seiner Frau Selbstmord, nachdem die Heuschrecken alles kahl gefressen hatten.

Erdbeben zerstört mexikanische Ortschaft

Mexiko, 29. Dezember.

WTB. Wie erst jetzt gemeldet wird, ist die Ortschaft Tomatlan in der Provinz Jalisco am 19. Dezember durch ein Erdbeben völlig zerstört worden. Man beklagt 27 Tote und mehr als 50 Verletzte.

Latinisierte Alphabete in der Sowjetunion

Moskau, 28. Dezember.

Gegenwärtig besitzen nach amtlichen Angaben 134 von 182 im Gebiete der Sowjetunion siedelnden Völkerstämmen ein eigenes Schrifttum. Von ihnen sind 42 Völker erst in den letzten Jahren hierzu gelangt.

Bei 68 Völkern, die sich bisher arabischer oder chinesischer Schriftzeichen bedienten oder überhaupt kein Schrifttum besaßen, ist neuerdings das latinisierte Alphabet dem Schrifttum zugrunde gelegt worden, so bei den

Mongolen, Kalmücken, Turkmenen, Tadschiken, Lesginen, Osseten, Kurden, Inguschen, Kabardinern, Adygäern, Tunganen, Chinesen, bei 16 Völkerschaften im hohen Norden usw.

Mit der Einführung des einfachen und leicht erlernbaren latinisierten Alphabets wird die Kulturarbeit erheblich ausgedehnt und beschleunigt. Schon die bisherigen Fortschritte im Kampfe gegen das Analphabetentum haben dies gerechtfertigt.

Russischer Gorguloffilm

Ilja Ehrenburg hat ein Filmmanuskript geschrieben, das sich mit dem Leben und dem Ende des weißgardistischen Provokateurs und Mörders Gorguloff beschäftigt. Dieses Manuskript ist von der staatlichen Filmorganisation der Sowjetunion angekauft worden. Der Tonfilm, dem Ehrenburgs Manuskript zugrunde gelegt werden wird, soll bereits Anfang Januar in Moskau gedreht werden.

Unfälle durch elektrischen Strom

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst den Aeußerungen der Technischen Deputation für Gewerbe bei dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zu den von den Gewerberäten gemeldeten Unfällen durch elektrischen Strom entnimmt, umfaßt die Sammlung der Unfallsberichte im Kalenderjahr 1931: 728 Unfälle. Hiervon entfallen auf Gleichstromanlagen 201, das sind 27,6 Prozent, auf Wechselstromanlagen 527, das sind 72,4 Prozent. Von den Unfällen verliefen 75, also etwa 10,3 Prozent, tödlich.

Die nachstehend beschriebenen Einzelfälle und die übrigen Darlegungen lassen erkennen, daß mit Arbeiten an elektrischen Starkstromanlagen sich nur sachverständige Personen befassen sollten und daß hierbei sowie bei Arbeiten in der Nähe derartiger Anlagen mit der erforderlichen Vorsicht vorzugehen ist.

Ein Monteur kam, auf einer Leiter stehend, mit einer 220-Volt-Gleichstromleitung in Berührung, er stürzte tödlich ab. Auf gleiche Weise verunglückte ein Schieferdecker. Ein weiterer Todesfall durch Gleichstrom von 220 Volt ereignete sich an einer Lampe. Der Verunglückte hatte beim Auswechseln der Birne unter Spannung auch den Prozellanring herausgeschraubt. 84 der gemeldeten Unfälle, von denen 8 tödlich verliefen, entfallen auf Lampen und deren Leitungen, 32 auf elektrisch betriebene Bohrmaschinen und 30, davon 2 mit tödlichem Ausgang, auf Krananlagen. Ein tödlicher Unfall ereignete sich bei einer Spannung von 120 Volt Wechselstrom durch Körperschluß eines elektrischen Haartrockners in einem Friseurgeschäft.

Immer wieder übersehen auch erfahrene ältere Arbeiter beim Ausschalten des Stromes, daß, soweit es sich um Ringleitungen handelt, durch Ausschalten nach einer Seite die Leitung noch nicht spannungslos gemacht wird.

Bemerkenswert sind drei Unfälle an Lichtleitungen, bei denen die Montage insofern fehlerhaft war, als der Lichtschalter in den Nulleiter und nicht in die stromführende Phase eingebaut war, so daß die Lampe auch nach Ausschalten unter Spannung stand.

Aus den Unfallanzeigen und den besonderen Untersuchungsbefunden ergibt sich, daß die Errichtungsvorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker im wesentlichen erfüllt waren und Unfälle auf Mangel der Vorschriften nicht zurückzuführen sind. Dagegen wurden die Betriebsvorschriften des VDE nicht oder nur mangelhaft beachtet.

STADTTHEATER

Donnerstag, 20—nach 23.30
Erstaufführung
Tango um Mitternacht

Freitag, 20—nach 23.30
Tango um Mitternacht

Sonnabend, 19—gegen 22.30
Die Fledermaus

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.30
Die Töchter der Exzellenz

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.10
Auslandreise

Sonntag (Neujahr) 15.30—17.30
Wir fahren mit Dieter ins Märchenland

SAP

Bezirk Mittelschlesien. Sekretariat Breslau Kleine Holzstraße 3. Telephon 567 68

Stadtteil Nikolaitor, Deutsch Lissa, Herrnprotsch usw.: Heute abend um 20 Uhr im „Letzten Heller" Funktionärversammlung.

Veranstaltungsgruppe der PKG: Freitag, 18 Uhr Generalprobe in der Monistischen Gemeinde.

SJV Sekretariat Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr.

Heim 8 (Aelterengruppe): Heute, Donnerstag, Fortsetzung des „Kommunistischen Manifestes".

Kleine Sportnachrichten

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Männer-Abt.: Freitag, den 6. Januar, 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Gen. Spiller. Berichte und Anträge müssen bis zu diesem Termin fertiggestellt sein. Mitgliedsbücher zur Kontrolle abgeben.

Arbeiter-Athleten, 1. Bezirk: Freitag, den 30. Dezember, abends 20 Uhr, bei Melzig, Burgstraße, Erweiterte Vorstandssitzung.

Sämtliche Beratungsstellen der SAH und der SAZ geben bis auf weiteres bis zum 3. Januar 1933 einschließlich keine Auskunft.

Verantwortlich: Bruno Saeher, Breslau; Anzeigenleiter Herbert Scholz Breslau; Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A.-G. Breslau, Neue Graupenstraße 7.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe, Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe, Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Wo decke ich meinen Bedarf?

SÜD U. SÜDWEST

Drogen, Farben, Foto
Walter Bienas, Lehmgrubenstraße 56

Erich Langner
Kohlenhandlung
Augustastraße 25 - Fernsprecher 851 66

ODERTOR U. SCHEITNIG

Leder billigst bei **K. Becker**
Gneisenaustraße 5

Leserinnen und Leser der SAZ!
Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

Waldemar Burczyk
9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%
Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

Wilhelm Kupczyk
Schleiwerderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

OHLAUER TOR

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

Bäckerei, Konditorei **Bruno Guckel**
Margaretenstraße 15
empfiehlt sich bestens.

9% **M. Kricke** 9%
Kolonialwaren — Weine — Tabake
9% Lüschstraße 17 9%

PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden · Kolonialwaren · Weine · Spirituosen

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft · Kolonialwaren · Weine · Spirituosen

Zigarren · Zigaretten · Tabake **Paul Fleischer**
Kl. Tschansch, Karl-Marx-Str. 12

Erich Freitag
Karl-Marx-Str. 38
Edeka-Geschäft · Kolonialwaren
Spirituosen · Weine
Tabake · 8%

Streifen-Lauf-Hosen
gute Qualitäten
3.25 2.75 2.45 1.95

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus
von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark

Genossen u. Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Breslau, Kleine Holzstraße 3.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untera Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Das Buch

F. C. Weiskopf: „Zukunft im Rohbau." 18000 Kilometer durch die Sowjetunion. Malik-Verlag, Berlin.

Weiskopf ist wiederholt in Rußland drüben gewesen und hat sozusagen die Entwicklung des sowjetruss'schen Aufbaues fortlaufend aus nächster Nähe studieren können.

Er war auch in diesem Jahr vom Frühjahr bis zum Spätherbst drüben und hat in einem eben erschienenen Buche „Zukunft im Rohbau" die Eindrücke dieser Reise niedergelegt.

Kein trockenes Zahlenmaterial, kein trockenes Aufzählen von Ergebnissen und Begegnungen, nein, ein wahrheit scharf gesehenes und dennoch dichterisch gestaltetes Buch. Der Rhythmus der Arbeit, der Rhythmus der technischen Entwicklung schwingt in jeder Zeile Weiskopfs mit. Und dennoch verfällt er nicht kritiklos dem Zauber des Rausches der Technik, sondern rückt den „Menschen" bei seinen Betrachtungen in den Vordergrund. Er schildert in fein wiedergegebenen Episoden das keimhafte Werden eines neuen Mitgliedes, einer neuen Gesellschaft in Sowjetrußland.

Er verschließt sich nicht der Kritik und betont selbst im Vorwort seines Buches: „Mein Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Unparteilichkeit. Zwei Augenpaare können ein Sechstel der Welt nicht überblicken, und zu dem großen Geschehen im Osten keine Stellung zu nehmen, sei objektiven Subjekten überlassen. Aber ich habe mich bemüht, auch das zu sehen und zu hören, was mir nicht gefiel und auch davon zu berichten. Die Kenntnis der russischen Sprache erlaubte mir, die Menschen, denen ich begegnete, unmittelbar zu mir sprechen zu lassen. Und ich habe versucht, diese Menschen, wo immer es anging, ebenso unmittelbar zum Leser sprechen zu lassen; ihre Art zu sprechen konnte ich allerdings nicht immer wiedergeben: die einen waren zu weltschweifig und gesprächig, andere, vor allem die sibirischen Bauern, waren arm an Worten und tauten nur langsam auf.

(Und trotzdem ist Weiskopf die Formung der verschiedenen Menschentypen gelungen. Anmerkung der Red.)

Es gilt als Tugend des Schriftstellers, zu zeigen und zu sagen, was ist. Aber mit dieser Tugend allein kommt man in der Sowjetunion nicht weit; denn charakteristisch für diese neue Welt ist nicht das Sein, sondern das Werden (Sperrung von der Red.!) Wer nur Zustände sieht, sieht das Wichtigste nicht: den Prozeß des Entstehens einer Wirtschaftsreform, der die Zukunft gehört, und die aus Mushiks und Nomaden neue Menschen gemacht hat. Der neue sozialistische Mensch ist gewiß noch nicht fertig, er ist, wie sein Werk, noch im Rohbau. Aber in einer Gesellschaft, in der Ausbeutung ächtet und Arbeit ehrt, statt wie sonst auf der Welt, bestenfalls nicht zu schänden, in einer solchen Gesellschaft sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß der Bau einer besseren Zukunft, an dem seit fünfzehn Jahren mit Begeisterung, mit Heroismus und unter größten Opfern gearbeitet wird, auch gelingt."

Es wäre noch vieles über das Buch zu sagen. Wir wollen aber an Stelle einer langatmigen Kritik demnächst einige Abschnitte, speziell diejenigen, die das Wachsen des Hochofenzentrums von Magnitogosk schildert, in unserer Zeitung wiedergeben. M. M.

* * *

Hans Kohn: „Der Nationalismus in der Sowjetunion". Societätsverlag Frankfurt a. M. 1932. 150 Seiten.

Hans Kohn, bürgerlicher Spezialist auf dem Gebiet des Problems des Nationalismus, der im letzten Jahr ein lesenswertes Buch auch über den „Nationalismus und Imperialismus im vorderen Orient" veröffentlicht hat, schildert in seiner neuen Schrift sehr anschaulich die Lösung der Nationalitätenfrage in der Sowjetunion. Das bunte Gemisch der Völker, die in sieben eigenen Sowjetrepubliken leben, die zu dem Bunde der Vereinigten Sowjetrepubliken zusammengefaßt sind, ihre verschiedene Sprache und Kultur erfährt von den bolschewistischen Leitern des Sowjetstaates eine lebhafte Förderung, da diese genau wissen, daß nur über diesen Weg ihre Gesinnung und volle Erschließung für den Kommunismus möglich ist.

Kohn hat die Dialektik des Leninschen Gedankenganges bei Behandlung der Nationalitätenfrage sowohl vor Eroberung der Macht wie nach der Errichtung der proletarischen Diktatur sehr gut verstanden und weiß diese Gedankengänge dem Leser zugänglich zu machen. Aber Kohn steht auf idealistischem philosophischen Boden und unterstellt dem Marxismus und Kommunismus ebenfalls idealistische Grundlagen. Daraus entspringen sehr schiefe und mißverstandene Aeußerungen. Das Wertvollste an dem Buch sind daher die einfache Tatsachen-Schilderung der Behandlung des Nationalitäten-Problems in der Sowjetunion und der sehr gut zusammengestellte Anhang aus theoretischen und Thesen-Aeußerungen der Bolschewiki (Lenin, Stalin u. a.) selbst. I. R.

* * *

Volksausgabe von Mommsens Römischer Geschichte. Phaidon-Verlag. Gebunden 4,80 RM.

Den Rekord einer verlegerischen Leistung hat der Phaidon-Verlag mit seiner Volksausgabe von Mommsens „Römischer Geschichte" aufgestellt. Etwa 1000 Seiten mit 150 ausgezeichneten Kupfertiefdrucken für 4,80 RM — da kann man wirklich von einem populären Preise sprechen. (Wenn sich auch — und das sei an dieser Stelle ausdrücklich festgestellt — die Arbeitslosen überhaupt nicht und von im Produktionsprozeß stehenden Proleten nur ganz wenige sich eine solche Ausgabe leisten können.

Der Herausgeber Ludwig Goldscheider hat die Kürzung des Werkes mit großer Diskretion vorgenommen. Weggeblieben sind Einzeluntersuchungen über römische Rechtsfragen, religiösen Ritus, Agrarwirtschaft usw. Was vorliegt, entspricht den ersten drei Bänden der Originalausgabe. Durch die Kürzung ist die Lesbarkeit dieses Werkes für den Laien erhöht.

Ueber das Werk selbst brauchen wir ja nichts Näheres zu sagen. Wer sich mit römischer Geschichte beschäftigen will, wird dieses Buch nicht umgehen können, um so mehr, da eine umfassende Geschichte Roms vom marxistischen Standpunkt bis heute noch nicht geschrieben worden ist.

* * *

Josef Breitbach: „Die Wandlung der Susanne Dasseldorf". Roman. Gustav Kiepenheuer Verlag, Berlin.

Bis zur Hälfte dieses 600 Seiten umfassenden Romans habe ich mir immer wieder Geduld gepredigt und mir eingeredet: es wird schon noch kommen, es wird sich schon noch zeigen, warum und zu welchem höheren Zweck der Verfasser das alles so breit erzählt. Aber es kommt gar nichts. Bis zur letzten Seite bleibt es ein mittelmäßig geschriebener, reichlich kitschiger, im Grunde uninteressanter Unterhaltungsroman ohne psychologische Vertiefung, ohne wirkliche Menschengestaltung, ohne zeitnahe Probleme. „Die sinnlichen Verwirrungen starker und abgründiger Leidenschaften und die Intrigen der großen Liebe und geheimer Laster", die laut Verlagsankündigung hier geschildert werden (es ist aber halb so schlimm!), bedürfen wirklich einer anderen Darstellungskraft, wenn sie 600 Seiten lang interessieren sollen. Unbegreiflich ist, wie der Verlag Gustav Kiepenheuer so etwas herausbringen konnte. Ein Verlegername von Klang und Rang verpflichtet! W. P.

* * *

Lisa Tetzner: „Der Fußball." Eine Kindergeschichte aus Großstadt und Gegenwart. Kartoniert 1,30 RM, in Leinen 2,10 RM.

Allen denen, die überhaupt noch die Möglichkeit haben, ihren Kindern eine kleine Freude zu machen, kann dieses famos geschriebene, mit charakteristischen Zeichnungen von Bruno Fuck geschmückte Büchlein sehr empfohlen werden. Der Inhalt: Zwei Proletarierjungens haben eine große Sehnsucht: sie möchten einen Fußball besitzen. Mühselig verdienen sie sich Pfennig um Pfennig zusammen, kaufen schließlich den Fußball — und dann zeigt sich, daß es für Arbeiterkinder in der Großstadt keinen Spielplatz gibt! Alle ihre Versuche schlagen fehl, zum Schluß geraten sie sogar in schweren Konflikt mit der Polizei — und bei diesen Erlebnissen lernen sie und alle diejenigen, die der spannend geschriebenen Erzählung folgen, das Wesen des kapitalistischen Klassenstaates und die Pflichten der Arbeiter ohne große theoretische Darlegungen, ganz aus der Wirklichkeit heraus, eindrucksvoll kennen. Lisa Tetzner hat hier ein einwandfreies freudig zu bejahendes proletarisches Kinderbuch geschrieben, das man allen Acht- bis Zwölfjährigen in die Hand geben möchte. Es eignet sich auch vorzüglich zur Gemeinschaftslektüre (mit Debatten) in den Gruppen unserer Arbeiterkinderfreunde. W. P.

Zeitschriften

„Atlantis", Länder, Völker, Reisen. Heft 12, Dezember 1932.

Ein sehr interessantes Heft (mit wirklich beachtenswerten Bildbeilagen, die an sich schon den Wert einer kleinen Kunstgeschichte für ein spezielles Thema besitzen), das dem Sonderthema: „Die Familie, Ewigkeitswert oder Zusammenbruch?" gewidmet ist. Da die Zeitschrift kein marxistisches Organ ist, da sie sich ideologisch auf dem Unterbau der bürgerlichen Gedankenwelt stützt, ist es nicht zu verwundern, wenn vorwiegend Vertreter der bürgerlichen Philosophie und Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hier zur Verteidigung der Familie und ihre Heiligkeit zu Worte kommen.

Bemerkenswert ist aber, daß man, wenn auch sehr beschnitten, den marxistisch-kommunistischen Standpunkt über die Ehe in einem Artikel der Alexandra Kolontay zu Worte kommen ließ.

In einem völkerkundlichen Artikel werden Bilder von Wolgadeutschen gezeigt, deren Unterschriften mehr als zu beanstanden sind. Man treibt hier zwischen den Zeilen eine bewußte Antisowjethetze. Es mangelt uns an Raum, um polemisierend auf die Entstellungen der Tatsachen einzugehen.

Alles in allem muß dem Verlag und dem Herausgeber Anerkennung für dieses Sonderheft gezollt werden.

* * *

„Die Koralle". Monatsschrift für alle Freunde von Natur und Technik. Heft 9, Dezbr. 1932.

Hervorzuheben ist ein Artikel über Sonnen-Protuberanzen (so nennt man die Ausbrüche glühender Gasmassen an der Sonnenoberfläche), ein geographischer Artikel, der sich „Fruchtbare Niederung" betitelt, weiter einer, der sich mit botanischen Problemen beschäftigt, nämlich mit der interessanten „brennenden Pflanze" und einer, der mit sehr schönen und instruktiven Tiefseeaufnahmen das Leben und Treiben des sogenannten Haifischsaugers schildert.

Nachdrücklich zu warnen ist vor einem Artikel des Dr. Claus „Was ist Rasse?", der an Wirrheit und bürgerlich-idealistischer ideologischer Entgleisung seinesgleichen sucht. Nur ein Satz als Beweis: „Was wir hier „Rasse" nennen, sind Gestaltideen wie die Gebilde der reinen Geometrie. Auch diese Gebilde kommen in der greifbaren „Wirklichkeit nicht vor . . ."

* * *

„Verkehrstechnik", Zentralblatt für den gesamten Landverkehr und Straßenbau, Nr. 29 vom 5. Dezember.

Die Nummer bringt in einem Artikel über die Verteilung des Berliner Nahverkehrs ein sehr umfangreiches Zahlenmaterial, das auch volkswirtschaftlich von wesentlicher Bedeutung ist. Juristisch wichtige Fragen werden in einer Reihe von anderen Aufsätzen und kürzeren Betrachtungen diskutiert. Inwieweit die Wirtschaftskrise die Ausgestaltung der technischen Bauten beeinflußt, beweist ein sehr interessanter Artikel über die „Ausgestaltung scharfer Bogen in den Landstraßen", in dem festgestellt wird, daß man neuerdings beim Straßenbau in Krümmungen wieder zu kleinen Halbmessern übergegangen ist, wie sie schon um die Jahrhundertwende bei Neubauten verwendet wurden.

* * *

Abreißkalender

Aus der übergroßen Zahl der illustrierten Abreißkalender ist rühmend hervorzuheben der Kalender „Kunst und Leben", der für 1933 im 25. Jahrgang erscheint (Verlag Fritz Heyder, Berlin-Zehlendorf, Preis 2,90 M). Er bringt 53 Original-Zeichnungen und Holzschnitte lebender Künstler, darunter vieles Gute und einiges Hervorragende (Käthe Kollwitz, Steiner-Prag, Walther Klemm!). Unter den Dichterwerten und Gedichten (gern findet man hier Erich Kästner) wünschte man sich mehr Zeitnahes, sozial Bewegtes. Druck und Ausstattung des Kalenders (der auch wichtige Gedenktage, allerdings nicht nach proletarischen Gesichtspunkten ausgewählt, verzeichnet) sind mustergültig.

Ebenfalls bemerkenswert ist der „Atlantis-Kalender", der wundervolle Aufnahmen aus fernen Ländern und aus Deutschland und ausgezeichneten Wiedergaben vermittelt.

Landschafts- und Städtebilder zeigen der Bayern-Kalender und der Deutsche Kalender (herausgegeben von der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reichsbahnverkehr, Preis 2,50 M). Einige schöne und interessante Aufnahmen, aber auch zahlreiche wenig charakteristische, verblüffend schlecht photographierte Bilder, die nichts von der glanzvollen Entwicklung der modernen Photographie verraten.

* * *

Reichsbahnkalender. Wenn die Deutsche Reichsbahn einen Abreißkalender mit mehr oder weniger guten photographischen Abbildungen herausgibt, so verfolgt sie damit natürlich Reklameziele (wir wollen dabei durchaus nicht abstreiten, daß überhaupt der größte Teil der Abreißkalender, die jährlich den deutschen Büchermarkt überschwemmen, zu irgendwelchen Reklamezwecken da sind). Die Reichsbahn macht das aber etwas zu aufdringlich, all zu oft wird auf den Seiten des Kalenders vom „Dienst am Kunden" gesprochen. (Daß dabei bewußt in Nationalismus gemacht wird, nur nebenbei; das sind wir ja bei der Reichsbahn durchaus gewöhnt!)

Warum verschweigt man aber so krampfhaft jeden Hinweis auf die Wirtschaftskrise? W. F.

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

46

„Wenn ich Ihre künstlerische Gestalt beobachte, Lukerja Iwanowna, dann möchte ich Bravo schreien . . ."

Mit einem Zittern in den Fingern und in der Stimme sagte er mir:

„Galja Iwanowna, herrliche Genossin, sagen Sie, reden Sie: sprechen denn nicht alle Faktoren genügend beredt? Ist sie denn nicht der größten Anerkennung wert?"

Ich fing Luschas Blicke auf. Glück und Verzweiflung blitzten in ihnen. Sie legte ihre Hand auf meine, und ihren Fingern entströmte ein heißes, inniges Vibrieren.

„Mein Liebstes! . . . Galjuscha! . . ."

Bankin aß gierig, aber seelenlos. Als er den letzten Löffel gegessen und den Schnurrbart mit der Zunge abgeleckt hatte, rülpste er, gesättigt, laut auf.

„Ja . . . im großen und ganzen . . . das Mittagessen . . . reichliche Verpflegung . . . Gute Verpflegung . . ."

Er war zufrieden und gut gelaunt. In solchen Augenblicken löste sich seine Zunge auch für andere Worte. Er sprach aber ungeschickt und nicht zur Sache, und seine Worte klangen wie ein Verhör.

„Na ja . . . im großen und ganzen . . . warum reichst du nicht ein Gesuch wegen Parteiaufnahme ein, Grischanja?"

„Ich trete gleichzeitig mit Lukerja Iwanowna in die Partei ein, Genosse Bankin."

„Ja, Luscha . . ." — ich sah sie streng an — „das ist Unfug, daß du bis jetzt noch nicht in die Partei eingetreten bist. Sei so gut und fülle morgen schon den Fragebogen aus."

„Aber gewiß, Liebste . . . wenn du willst, tue ich's sogar mit großem Vergnügen . . ."

„Lukerja Iwanowna! . . ." — Grischanja loderte vor Begeisterung, er erhob sich sogar vom Stuhl: „heute abend werde ich auf der Versammlung mit donnernder Stimme meinen feierlichen Eintritt in die Reihen der Partei ankündigen. Ich rufe sie auf, meinem Beispiel zu folgen! Einverstanden, Lukerja Iwanowna?"

Seine plötzliche Begeisterung riß sie mit. Konnte sie darauf eine ablehnende Antwort geben?

„Galotschka? Was sagst du? Soll ich heute den Sprung wagen?"

Ich stimmte ihr bei. Ja, gerade heute. Die Versammlung ist eine außerordentliche. Man muß auf alles vorbereitet sein. Es wäre gut, noch einige andere zum Eintritt in die Partei zu gewinnen. Wahrscheinlich wird es Luscha gelingen, auch einige Frauen dazu zu bringen, aus der Ruhe des Alltags herauszukommen, und auch sie werden in eine, von ihnen noch niemals empfundene Begeisterung geraten. Ich kam durch diese Erwartung selbst in Erregung und schlug Bankin fest auf die Schulter.

„Nun, Bankin, verfügst du über Reserven, die heute in die Partei eintreten würden?"

Bankin blickte mich stumpf an.

„Man muß im großen und ganzen die Frage der Mobilisierung des Aktivs stellen . . . Rogatkin hat zum Beispiel in der Werkstatt eine Stoßbrigade gegründet, und alle jungen Burschen reihen sich kollektiv ein . . . Wo seid ihr? Warum tun deine Mädels nichts anderes, als mit den Zungen zu wetzen? Ach ihr . . . Stupsnasigen . . . im großen und ganzen . . ."

Dieser Bankin ist ein seltsamer Mensch. Ich hatte in Angelegenheiten der Partei oft mit ihm zu tun und habe mich an ihn gewöhnt. Er ist streng und anspruchsvoll. Er legt jedem eine Arbeit auf und versteht es sehr geschickt, Rechenschaft darüber zu fordern. Man fürchtet ihn nicht, achtet ihn aber. Man macht sich über ihn in seiner Anwesenheit ein wenig lustig, doch er bleibt stets blind, taub, seelenlos. Er ist aber ein teilnahmsvoller, feinfühliger Mensch. Wenn eines der Parteimitglieder erkrankt, befreit er ihn von der Arbeit. Wenn er bemerkt, daß einer der Genossen überarbeitet ist, befreit er ihn von allzuvielen Verpflichtungen. Eines Tages strich er mir sogar übers Haar und sagte gleichmütig:

„Du . . . Mädel . . . gib acht . . sei nicht so eifrig . . ."

„Meinst du meine Parteiarbeit, Bankin? Sei unbesorgt. Trage ich mich zur Arbeit selbst an, so bedeutet es, daß es mein guter Wille ist . . . und daß ich sie auch durchführen will . . ."

„Ja, verschwende aber deine Kräfte nicht . . . ein Parteiarbeiter ist nicht irgendein Kerl . . . sein Schädel und seine Kräfte müssen immer frisch geladen sein . . ."

Ich erwiderte keck:

„Aber Genosse Bankin, du bist ja selbst eifrig. Gehört es denn zum Beispiel zu deinen Sekretärpflichten, daß du jeden Dreck unter deinen Füßen aufhebst und sammelst? Zu welchem Zweck soll das gut sein?

Er schob sich von mir weg und räusperte sich:

„Das ist im großen und ganzen . . . Quatsch!" Plötzlich schlug er mit der Hand auf den Tisch. „Das merke ich mir! . . . Sammelst Gerüchtchen? . . . Vertiefst den Konflikt . . . im großen und ganzen zwischen den Parteimitgliedern? . . . Verlegst dich auf Klatsch? . . . Ist das aber ein Quatsch! . . . He—hei . . . Ich melde es! . . . Mach dich nicht so patzig . . ."

Seine Augen wurden blutunterlaufen.

Frauen und Mädchen kamen an Luscha und mich heran und flüsterten, als wäre es ein Geheimnis:

„Galja Iwanowna . . . heute . . . das Herz pumpert uns schon . . . Sie fliegt doch hinaus . . . wohin geht sie dann?"

Die Frauen und Mädchen dufteten nach Stroh und frischer Luft.

Luscha runzelte zu meinem Staunen bös die Brauen, löschte aber nicht die Augen, nur ihre Stimme wurde rauh und brüchig:

„Sie ist ein Schädling. Zu lang hat man sie mit seidenen Handschuhen angepackt. Das ist ein Stinkkraut, ein Verleumdungsherd."

Die Köpfe und Oberkörper bewegten sich plötzlich wie unter einem leisen Wind, wendeten sich wellenartig der Tür zu. Wjetrow war eingetreten. Verschlossen und schweigend ging er zur großen Oeffnung in der Wand, die zur Küche führte und sagte einem Mädchen mit einer weißen Binde ganz leise etwas. Sie konnte nicht ihre erschrockenen, neugierigen Blicke von ihm wenden und errötete bis zu Tränen. Man spürte förmlich, wie diese ganze Masse von Menschen voll beunruhigender Vorahnung Wjetrow ansah. Ganz plötzlich kam er mit leichten Schritten auf uns zu und lächelte mich schon von ferne mit seinem moussierenden Lächeln an.

Der ganze Speiseraum erstarrte im Schweigen. Bankins Bart zuckte liebevoll auf, doch er selber blieb gleichgültig wie immer.

In Wjetrów war ein fieberhafter Wirbel.

„Luscha, sei keine taube Blüte . . . ja nun . . . ach, wenn im Winter die Blumen blühen würden! . . . Weißt du wie's im Märchen heißt . . . Uebrigens, dich geht ja der Winter nichts an, und du, Bankin, verlier nicht den Mut! Alles ist gut, was ein schlechtes Ende nimmt. Ein schlechtes Ende bringt einen guten Anfang. Das wissen wir beide nur zu gut."

Wjetrow beugte sich zu mir und unsere Blicke kreuzten sich. Es wurde mir schwül in seiner Nähe und ich erhob mich ganz instinktiv von meinem Stuhl.

„Galja Iwanowna! Galja! Ja nun! Wir tanzen heute noch ein feines Tänzlein miteinander vor aller Welt . . ."

Rogatkin ging mit seiner erloschenen Pfeife im Mundwinkel an uns vorbei, nachdenklich, in sich versunken, sah er Wjetrow mit einem teilnahmslosen Seitenblick an. Es war aber offensichtlich, daß er ihn aufmerksam beobachtete.

Der Klub

Die herbstlichen Abende sind bei uns herb, berauschend, sie duften kühl nach Feldern und Gras. Der Nebel kommt, schwimmt in schwarzen Wolken von den Tälern herauf, kommt aus den Sümpfen, aus dem Schilf und füllt das Tal. Die Dunkelheit wird dann undurchsichtig, dicht und fast spürbar, wie Wasser, und ich gehe auf dem unsichtbaren Grund eines schwarzen Sees und rudere mit den Armen durch die Nacht. Ich bin gewichtlos und gleiche einem Fisch, der in diesem kompakten Element weder die Richtung noch die Gefahren sieht. Als ich durch diesen schwarzen Abgrund in den Klub ging, unterwarf ich mich nur dem gewohnten Orientierungssinn. Ich sah einzelne Lichter und wußte: das ist das Licht der Stallungen, das ist das Licht auf dem Radiomast und dort leuchten die Lichter des Maschinenlagers, und jene zwei Lichter sind die Lichter beim Klubeingang. Vor und hinter mir riefen undeutliche Stimmen einander unverständliche Worte zu. (Fortsetzung folgt.)

Nazi-Strasser in der ADGB-Schule

„Daß man dem Abgeordneten Strasser auf seine Bitte erlaubt hat, die Bundesschule in Bernau — wo es wirklich nichts zu verheimlichen gibt — zu besichtigen, ist eine unserer neuesten Verrätereien."

Wo das zu lesen ist? In der freigewerkschaftlichen „Gastwirtsgehilfen-Ztg." Nr. 51. Dieses rechtssozialdemokratisch redigierte Blatt bringt es fertig, diese Meldung auf der ersten Seite unter der dreisten Ueberschrift „Klatschbasen, mal herhören!" zu bringen. Der Artikel dient, wie zurzeit unzählige Aufsätze in der Gewerkschaftspresse, dem Zweck, den „Verleumdungen" gegen Leipart über Verbindungen der obersten ADGB-Führer mit Schleicher und den Nazis entgegenzutreten. Derartige Behauptungen sind nach der „Gastwirtsgehilfen-Ztg."

Gelogen wie gedruckt!
Aus schmutzigen Pfoten gesaugt!
Schamlos und verbrecherisch geschwindelt!

Die „GZ" und ähnliche Gewerkschaftsblätter hätten alle Veranlassung, ihr Maul weniger weit aufzureißen.

Wenn Gregor Strasser, der sich jahrelang als der blutrünstigste Faschistenhäuptling gebärdete, der nach einer Rede in Süddeutschland „bis an die Knöchel im Blute waten", der am Tage der Machtübernahme, in der „Nacht der langen Messer" — „Zehntausende marxistischer Funktionäre über die Klinge springen lassen" wollte — wenn derselbe Strasser jetzt Besuche in der ADGB-Schule macht, dann hat jeder Arbeiter die Pflicht zum höchsten Mißtrauen. Es ist doch auch derselbe Strasser, der zugegebenermaßen schon von vier Monaten mit dem ADGB-Sekretär Furtwängler Verhandlungen zwecks gemeinsamer Arbeit geführt und dem ADGB offen im Reichstag ein Bündnis angeboten hat. Höchst verdächtig ist auch, daß die „GZ" Gregor Strasser und Frick als „Realpolitiker" (!!) bezeichnet.

Und die „Verleumdungen" über Leipart? Mag sein, daß diese und jene Wendung in der Presse nicht genau stimmt. Tatsache ist aber, daß Leipart bei seinen Verhandlungen mit Schleicher diesen nicht nur „offen und ehrlich über die Forderungen der Arbeiterschaft unterrichtete", sondern

daß Leipart die Militärpolitik Schleichers als „die des ganzen deutschen Volkes" verteidigt,

daß ferner Leipart jetzt gegenüber der Schleicher-Regierung die Parole „Abwarten", also tolerieren, herausgibt.

Tatsache ist weiter, wie wir schon wiederholt in der „SAZ" festnagelten, daß das Organ des freigewerkschaftlichen Buchdruckerverbandes, der „Korrespondent" vom 27. August d. J. offen von „Querverbindungen" geschrieben hat und diese

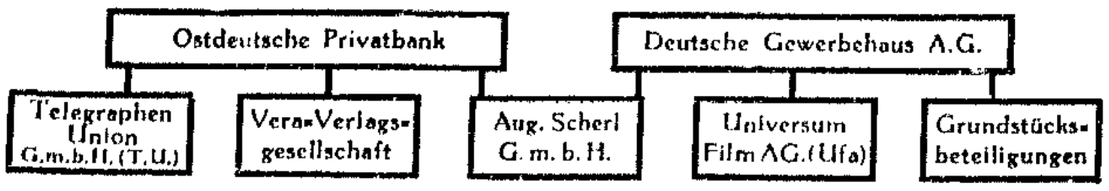
Querverbindungen der Gewerkschaften mit den Nazis und Unterstützung einer Präsidialregierung verteidigte.

Das ist von keiner ADGB-Stelle widerrufen worden. Die Gewerkschaftsblätter vom Schlage der „GZ" mögen zu diesen Tatsachen Stellung nehmen. Solange sie das nicht tun, aber Zeter und Mordio über angebliche Verleumdung schreien, muß jeder klassenbewußte Arbeiter mit Recht annehmen, daß diese Blätter nach der Methode „Haltet den Dieb" die Arbeiter von den tatsächlichen Gefahren ablenken wollen.

Die ganze gegenwärtige Politik der ADGB-Führung und in diesem Zusammenhang auch der Besuch Strassers in der ADGB-Schule ist sehr verdächtig und signalisiert höchste Gefahr für die Klasseninteressen der Arbeiter.

Der Hugenberg-Konzern

Nach den Generalversammlungen der Deutschen Gewerbehaus AG., Berlin und der Ostdeutschen Privatbank ergibt sich folgender Aufbau des Konzerns des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg:



Die Ostdeutsche Privatbank (6 Millionen Aktienkapital) und die Deutsche Gewerbehaus A.G. (15 Millionen Aktienkapital) sind ihrer Tätigkeit nach in der Hauptsache Bankinstitute, die die verschiedenen Beteiligungen an den Gesellschaften verwalten. Sie weisen in ihrer Bilanz die Aktienbündel in ihrem jeweiligen Kurswert auf und verrechnen die aus den Beteiligungen entspringenden Dividenden, wie auch die eigenen Unkosten. So zählt die Ostdeutsche Privatbank in ihrer Bilanz auf: Stammaktien der August Scherl G.m.b.H., des großen deutschnationalen Pressekonzerns, die für 1931 wieder 4% Dividende einbrachten. Der Nennwert dieser Aktien beträgt 16,75 Millionen. Ferner Anteile der Telegraphen-Union (T. U.), des rechtsgerichteten Nachrichtenbüros, das in seiner Bedeutung gleich hinter dem halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbüro (W.T.B.) rangiert mit einem Nennwert von 0,94 Millionen. Weiter Anteile der Vera-Verlagsgesellschaft. Die Deutsche Gewerbehaus A.G. weist Vorzugsaktien der Scherl Gesellschaft in einem Nennwert von 10 Millionen auf. Sie haben den „Vorzug" nicht nur 4% Dividende wie die Stammaktien, sondern 7% einzubringen. Von der Gewerbehaus A.G. geht auch die Verbindung zur Ufa, die heute von Hugenberg beherrscht wird und deren Produktion auch danach aussieht. Der Bestand der Ufaaktien beträgt nominell 8,3 Millionen, diese Aktien brachten 4% Dividende; schließlich werden noch Grundstücke mit 4,89 Millionen RM. ausgewiesen.

Die Gewerbehaus A.G. selbst hat dieses Jahr keine Dividenden ausgezahlt, während sie im Vorjahr für 6 Monate (!) 4% zahlte. Den Bankguthaben und Außenständen in Höhe von 1,35 Millionen stehen Bankenschulden und Darlehen in Höhe von 5,75 Millionen (1,17 Millionen mehr als im Vorjahr), ferner Hypothekenschulden in Höhe von 3,53 Millionen (0,44 weniger als im Vorjahr) gegenüber. Trotz stiller und offener Reserven würde der Konzern saniert werden müssen in dem Moment, wo ihm die Banken nicht mehr so wohlwollend gegenüber ständen. In seiner jetzigen Gestalt hält er sich nur dank seines großen Kredits bei den Banken. Würde er von ihnen scharf angepackt, würden sie auf Rückzahlung der Schulden drängen, so müßte Hugenberg sich sanieren, sei es nun durch Abstoßung eines Aktienbündels oder durch Verringerung des eigenen Aktienkapitals. Auf jeden Fall müßte sich sein Einfluß dann gegenüber dem jetzigen Stand um Einiges vermindern. Leider erfährt man nicht, auf das Wohlwollen welcher Bank er angewiesen ist.

H. J.

„Genosse" Bergemanns Weihnachtsbotschaft

Das Milchpreisdiktat des Regierungspräsidenten

Der Regierungspräsident von Düsseldorf, Bergemann, Mitglied der SPD, ist einer von den Wenigen die bei dem **großen Rauswurf am 20. Juli geblieben** sind. Das hat seine Gründe. Bergemann hat sich „bewährt", und er hat seine guten Beziehungen. Es ist noch nicht lange her, da verheiratete er seine Tochter mit dem Generaldirektor der Rhenania-Werke; sein Sohn war als Student aktives Mitglied einer schlagenden Verbindung. —

Eines Tages kam zu Bergemann ein biederer SPD-Mann: „Genosse . . ." wollte er sagen. Bergemann darauf: „Bitte, nicht Genosse, hier Regierungspräsident!" —

Bergemann ist den Rhein-Ruhr-Kumpels wegen seiner Lohnraub-Schiedssprüche sattsam bekannt.

Bergemann hat sich wieder einmal „verdient" gemacht; er hat eine Verordnung über Milchpreise im Regierungsbezirk erlassen, die geradezu ein Hohn ist auf das Elend der Million von Unterstützungsempfänger im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Nach dieser Verordnung werden Höchst- und zugleich Mindestpreise für den Milchverkauf festgesetzt.

Jede Milchpreisverbilligung ist danach bei schwerer Strafe den Landwirten wie auch den Händlern verboten.

In Essen, das bisher mit 0,41 Liter Milchverbrauch pro Kopf und Tag den größten Milchkonsum hatte, beträgt nach der neuen Verordnung der Preis für 1 Liter frei Haus 23 Pfennige, ab Laden oder Hof des Erzeugers kostet es 21 Pfennige. Die rigorose Milchpreisfestsetzung bedeutet, daß den unterernährten Proletarierkindern auch noch der Tropfen Milch entzogen wird, da für den erwerbslosen Proleten dieser Milchpreis unerschwinglich ist. Bei dieser „Notverordnung zur Bekämpfung des Milchgenusses", wie sie der „General-Anzeiger", Dortmund, nennt, wird Essen die längste Zeit den größten Milchkonsum gehabt haben.

Wie eine Provokation muß diese Milchpreisverordnung auf den Proleten wirken, wenn er noch erfährt, welche Gewinne damit dem Händler zugeschoben werden. Der Einstandspreis für den Händler beträgt 15½ Pfennig, d. h. daß er an jedem Liter nicht weniger als 7½ Pfennig, also 50 Prozent Verdienst einsteckt. Ebenso gut sind die Landwirte bedacht, die von den Molkereien 14 Pfennig fordern dürfen.

Die Verordnung macht selbst vor den Krankenhäusern, Versorgungsanstalten und anderen gemeinnützigen Instituten nicht halt. Während sie bisher die Milch zu besonders herabgesetzten Preisen bezogen, müssen auch sie jetzt Höchstpreise bezahlen, die sich von dem Einzelhandelspreis kaum noch unterscheiden. Je nach der Menge der Abnahme beträgt der notverordnete Preis 18 bis 20 Pfennig. Die Folge davon ist natürlich, daß die an sich nur mit kärglichen Mitteln versehenen Institute sich ihrerseits durch Herabsetzung der Milchrationen für Hilfsbedürftige, Kranke und Kinder schadlos halten.

Eine grenzenlosere Mißachtung des Elends der Rhein-Ruhrproleten als durch dieses Preisdiktat des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten kann man sich kaum noch vorstellen. Man sieht wieder einmal, die „Machtposition" funktioniert tadellos — gegen den Proleten.

D. d.

10 Millionen Mark

Subvention an den Kupferbergbau

Berlin, 28. Dezember.

CNB. Im Reichsgesetzblatt vom 24. Dezember 1932 wird die bereits angekündigte Verordnung über Stützung des Kupferschieferbergbaues der Mansfeld A. G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Eisleben, veröffentlicht.

Nach dieser Verordnung wird die Reichsregierung ermächtigt, zur Aufrechterhaltung der Kupfer erzeugenden Betriebe der Mansfeld A. G. für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1933 bis zu 2 Mill. RM. und für die Zeit vom 1. April 1933 bis 31. März 1934 bis zu 8 Mill. RM. bereitzustellen.

Die Aufrechterhaltung des Mansfelder Kupferbergbaues ist vom kapitalistischen Standpunkt gesehen heute höchst unrentabel, denn man kann Kupfer auf dem Weltmarkt viel billiger kaufen, als es in den wenig ergiebigen Mansfelder Gruben produziert werden kann. Wenn trotzdem die Aufrechterhaltung erfolgt, so nur aus militärischen Gründen, für den Fall eines Krieges. Die Subventionen sind also reine Rüstungsausgaben, mit denen zugleich das Privatkapital (hohe Direktorengehälter und Tantiemen usw.) ausgehalten wird, während man die Arbeiter mit Elendslöhnen abspeist bzw. durch Entlassung dem Hunger ausliefert.

Die jetzige Subvention ist ein besonderer Skandal

weil nämlich die Mansfeld A. G., die seit Jahren mit Reichsmitteln ausgehalten wird, ihre beste und ergiebigste Grube „Sachsen" an den Bergwerkskonzern Rheinpreußen verkauft hat und sich nun den Rest schlechter Gruben vom Reich extra subventionieren läßt.

Protest gegen das Todesurteil

Die SAP Oldenburg wendet sich im Namen vieler Oldenburger Arbeiter auf das schärfste gegen das Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartl. Sie betrachten dieses Urteil als krasses Klassenurteil, das dem Rechtsempfinden der gesamten deutschen Arbeiterschaft ins Gesicht schlägt. Es kann nur eines geben:

Aufhebung des Urteils!
Freilassung des Verurteilten!

Staatlicher Lohnraub

Landesarbeitsamt Rheinland baut Bauarbeiterlöhne ab!

Daß die Baugewaltigen zur Zeit im ganzen Reich — mit allen Mitteln versuchen — einen weiteren Lohnraub durchzuführen, ist bekannt, daß dabei aber Reichsstellen mitwirken ist charakteristisch für den Schleicherkurs. Das Landesarbeitsamt Köln ist der organisierten Arbeiterschaft als reaktionäre Behörde schon länger bekannt, ihre jetzigen Maßnahmen erfordern aber die erhöhte Alarmbereitschaft der gesamten Arbeiterklasse.

Die Stadt Wesel (Rheinland) hat eine Notstandsarbeit (Straßenbau), die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fällt, in Angriff genommen. Dagegen ist an und für sich nichts besonderes, nur dagegen muß die gesamte Klasse Sturm laufen, daß sie auf dem Rücken der Arbeiterschaft durchgeführt werden sollen. Nicht Arbeitsbeschaffung um jeden Preis — sondern nur unter menschenwürdigen Bedingungen, müssen diese Arbeiten ausgeführt werden.

Das Projekt ist für 170 000 Mark veranschlagt. Der Tariflohn für Tiefbauarbeiter beträgt in Wesel z. Zt. noch 62 Pfennig Stundenlohn, und für Facharbeiter 92 Pfennig. Diese Löhne, die die Existenz der Bauarbeiter schon gewaltig gefährden, sind den Baugewaltigen noch zu hoch. In dem Tarifgebiet haben sich die Bauarbeiter durch eine Reihe von Streiks schon gegen die Herabsetzung erfolgreich gewährt. Jetzt fällt ihr die Behörde in den Rücken.

Das Landesarbeitsamt Köln bestimmt, der Lohn für Tiefbauarbeiter bei den Notstandsarbeiten beträgt 58 Pfg. die Stunde. Ueber den Lohn der Maurer soll das Bauamt dem Arbeitsamt noch Vorschläge machen und nach der bereits erfolgten Fühlungsnahme wird der Maurerlohn auf 81 Pfg. festgesetzt werden. Als Ausgleich für diesen Lohnraub ist die Arbeitszeit von 40 auf 48 Stunden erhöht worden.

So sieht der Kurs des „sozialen Generals" seiner Regierung aus. In dem Kampf um die Erhaltung der Löhne treten die Regierungsorgane als Schrittmacher gegen die Arbeiterschaft auf. Was wird der Kollege Leipart dazu sagen, und welche Kampfmaßnahmen wird er jetzt den Bauarbeitern empfehlen?

Arbeitszeitverkürzung

mit oder ohne Lohnausgleich?

R. H. Die „Bergwerkszeitung" vom 22. Dezember berichtet von einem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes über die Möglichkeiten der Verkürzung der Arbeitszeit. Ueber die technische Seite des Problems ist in diesem Blatt schon öfters geschrieben worden — das IAA kommt zur Bejahung der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung —, uns interessiert an diesem Bericht die Stellungnahme dieses gewiß nicht proletarischen Instituts zur Frage des Lohnausgleichs. Es heißt im Bericht der „Bergwerkszeitung":

„In bezug auf die durchschnittliche Dauer der verkürzten Arbeitswoche sind zwei wesentliche Vorschläge zu verzeichnen: Der eine fordert die 40-Stundenwoche, der andere die 36-Stundenwoche. Der Bericht des IAA weist darauf hin, daß die Begrenzung auf 36 Stunden wöchentlich für die Arbeitgeber ernste Folgen haben könne, wenn die Löhne auf dem alten Stande bleiben sollen und auch für die Arbeitnehmer, wenn etwa die Löhne im Verhältnis zur Arbeitszeit ganz oder teilweise (!! Die Red.) gekürzt würden."

Diese Formulierung des Berichts läßt darauf schließen, daß nach Ansicht des IAA eine auch nur teilweise Lohnsenkung nicht mehr in Frage kommt, daß andererseits zwar gegen die 36-Stundenwoche, nicht aber gegen die 40-Stundenwoche mit Lohnausgleich Bedenken bestehen.

Schlußfolgerung für das Proletariat: Sollen wir mehr Rücksicht auf die Kapitalistenklasse nehmen als das sicher nicht proletarische Internationale Arbeitsamt in Genf? Nein, das Proletariat hat heute die Aufgabe, international zu kämpfen für die 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich!

Reichsarbeitsgericht gegen Nordwest

Wegen eines Arbeitskampfes Mitte 1930 wurde der Deutsche Metallarbeiterverband vom Arbeitgeberverband für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie auf Schadenersatz verklagt. Nachdem das Landesarbeitsgericht die Gewerkschaft zu sehr hohen Zahlungen verurteilt hatte, hat jetzt das Reichsarbeitsgericht dieses Urteil aufgehoben und den Rechtsstreit an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Das Reichsarbeitsgericht stellt sich auf den Standpunkt, daß sich die Gewerkschaften zur Wehr setzen durften, nachdem der Arbeitskampf durch die Aussperrung eingeleitet worden war. Ueberdies sei es noch fraglich, ob nicht die Aussperrungen, die die Arbeitgeber vorgenommen hatten, tarifwidrig waren. — Diese Entscheidung erlangt besonders deshalb Interesse, weil sich auch das Reichsarbeitsgericht früher in ähnlichen Klagen gegen den Metallarbeiterverband entschieden hatte.

Es handelt sich hier um Streiks und Aussperrungen anläßlich des Oeynhauser Schiedsspruches für die Ruhr-Stahlindustrie, der seinerzeit den großen, seit zwei Jahren anhaltenden Lohnabbau einleitete.

Eisenbahnerstreik in Argentinien?

Buenos Aires, 28. Dezember.

Der Umstand, daß bei der Buenos Aires Great Southern Railway eine 8prozentige Lohnkürzung erfolgen soll, dürfte, wie die Blätter annehmen, weittragende Folgen nach sich ziehen. Man erwartet, daß sämtliche Eisenbahner des Landes auf einen solchen Beschluß mit dem Generalstreik antworten werden.

Mehrstuhlsystem

Schwere Niederlage der englischen Textilarbeiter

Manchester, 28. Dezember.

WTB. Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Baumwollindustrie von Lancashire ist ein neues Abkommen getroffen worden, das für jeden Weber eine größere Anzahl von Webstühlen vorsieht. Das neue System tritt in der nächsten Woche in Kraft. Die Unterhandlungen, die auf den Abschluß dieses Vertrages abzielen, dauern bereits seit vier Jahren an.

Der Sieg des Kapitals, der eine rasende Steigerung der Ausbeutung und Vermehrung der Arbeitslosigkeit bringen muß, ist infolge des reformistischen Ausweichens vor dem Kampf mit revolutionären Konsequenzen. Die schlimmen Folgen werden sich auch in Deutschland und anderen Ländern zeigen.